

Februar 2014

nd

# europalinks

Beilage der Tageszeitung neues deutschland  
in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift LuXemburg

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**



Daniel Albarracín  
Nacho Álvarez  
Fabio Amato  
Walter Baier  
Mario Candeias  
Stipe Ćurković  
Giorgos Galanis  
Thomas Händel  
Michel Husson  
Pierre Laurent  
Francisco Louçã  
Bibiana Medialdea  
Sandro Mezzadra  
Mariana Mortagua  
**Toni Negri**  
Lukas Oberndorfer  
Özlem Onaran  
Bernd Riexinger  
Anne Steckner  
Armando F. Steinko  
Alexis Tsipras  
Stavros Tombazos

## Europa hat eine andere Zukunft

Was ist uns Europa? Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai und eine der schwersten Krisen vor Augen suchen die Linken auf dem Kontinent nach Antworten.

Europa ist mehr als die EU, mehr als ihre von neoliberalen Paradigmen getränkten Institutionen, mehr als der Euro, sagen die einen – und verweisen auf die großen Ideale der Integration, auf die Chancen linker Veränderung.

Europa ist das, was uns in Gestalt undemokratisch-autoritärer Apparate, als Motor der Militarisierung und Verwertungslogik, was uns als deutsches Machtprojekt gegenübertritt, sagen die anderen – und betonen die Dauerhaftigkeit der ökonomischen und politischen Verhältnisse, die dem zugrunde liegen.

Was ist uns Europa? So wichtig ein – mit Gramsci gesprochen –

mitreißender Optimismus des Willens europäischer linker Politik und Praxis ist, so notwendig ist angesichts der Krise Europas ein Pessimismus des Verstandes. Das Unbehagen gegenüber Brüssel, Strasbourg, gegenüber einer von der deutschen Regierung orchestrierten Krisenpolitik; die Wut ob der sozialen und politischen Folgen, die Hoffnungslosigkeit, die angesichts der schieren Unbeweglichkeit europäischer Verhältnisse und der momentanen Schwäche der europäischen Linken aufkommen kann – all das beruht auf der realen Erfahrung von Millionen. Und es lässt sich nicht allein mit wohlfeilen Appellen an eine bessere europäische Idee überwinden.

Was ist unser Europa?, ist die Frage der Stunde für eine europäische Linke, die sich ihrer

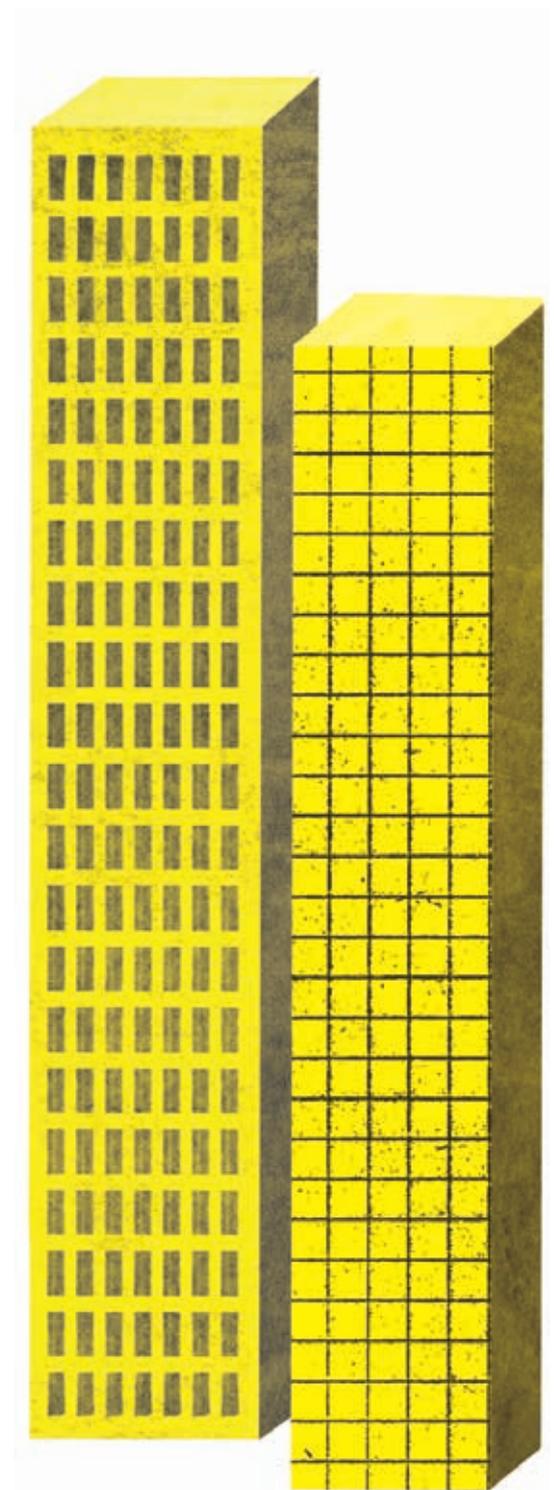
Schwierigkeiten und Fehler bewusst ist, die nach neuen Wegen und besseren Antworten sucht – und dabei nicht vergisst, dass es am Ende die Menschen selbst sein werden, die über ihre Geschicke entscheiden wollen.

Ein anderes Europa ist möglich. Und es ist nötig. Die seit 2008 grassierende Krise macht den Charakter der gegenwärtig herrschenden politischen, ökonomischen und konstitutionellen Grundlagen der EU für alle sichtbar. Die Linken sind aufgerufen, Europa eine andere Zukunft vorzuschlagen.

Die hier vorliegende Sammlung, die Beiträge aus Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Österreich, Italien, Deutschland und anderen Ländern zusammenbringt, soll dazu einen Beitrag leisten.  
*Tom Strohschneider*

## Inhalt

<i>Mario Candeias, Lukas Oberndorfer, Anne Steckner</i> Neugründung Europas? Strategische Orientierungen	3
<i>Pierre Laurent</i> Ein geschichtlicher Moment. Die Linke und Europa	6
<i>Alexis Tsipras</i> Move Forward. Die Veränderung hat begonnen	8
<i>Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea, Francisco Louçã, Mariana Mortagua, Michel Husson, Stavros Tombazos, Giorgos Galanis, Özlem Onaran</i> Schulden und Euro: Was tun? Ein Manifest	10
<i>Armando Fernández Steinko</i> Ein mediterraner Block? Südeuropa sucht einen Ausweg	12
<i>Fabio Amato</i> Liste Tsipras. Um die Zersplitterung zu überwinden	15
<i>Stipe Ćurković</i> Ein lebendiges Netzwerk: Europa und die Neue Linke in Kroatien	17
<i>Walter Baier</i> Drei Aufgaben. Zeit der Monster und der Mutigen	18
<i>Thomas Händel</i> Soziales Europa? Zukunft in die eigenen Hände nehmen	19
<i>Sandro Mezzadra, Toni Negri</i> Kampffeld Europa: Den neoliberalen Zauber brechen	21
<i>Bernd Riexinger</i> Eine Vision: Einstieg in ein anderes Europa	23



Eine andere EU? Mit links? Diese in Kooperation von »neues deutschland« und »LuXemburg«, der Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstandene Beilage kann nur einen Ausschnitt aus der Debatte über die Krise Europas und Alternativen dokumentieren. »nd« und »LuXemburg« setzen die Diskussion im Internet unter anderem mit Beiträgen von Sahra Wagenknecht, Joachim Bischoff und Heinz Bierbaum fort. Eine Sammlung an Texten zur linken Europadebatte und zum Wahlprogramm der Linkspartei, unter anderem vom Schriftsteller Raul Zelik, findet sich unter [dasND.de/europalinks](http://dasND.de/europalinks). Weitere Texte gibt es unter [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de). Die Zeitschrift »LuXemburg« gibt es übrigens ab Heft 1/2014 kostenfrei.

**LUXEMBURG**  
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS



Herausgeber Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de), (030) 2978-1111  
Redaktion Mario Candeias, Barbara Fried, Rainer Rilling  
Gestaltung Michael Pickardt  
Illustrationen Raúl Soria  
Anzeigen Friedrun Hardt  
V.i.S.d.P. Tom Strohschneider  
Druck Druckhaus Schöneeweide GmbH, Ballinstr. 15, Berlin

# Neugründung Europas? Strategische Orientierungen

Von Mario Candeias, Lukas Oberndorfer, Anne Steckner

Europa ist mehr als die Europäische Union und die EU mehr als ihre neoliberale und zunehmend undemokratisch-autoritäre Gestalt. Doch ist letztere die gegenwärtig existierende. Simple Bekenntnisse zu Europa oder gar »mehr Europa« verfehlen den zu Recht skeptischen Alltagsverstand. Immer wieder wurde die europäische Ebene als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen sowie Kapital- und Marktlogik zu stärken – und zwar nicht erst seit der Krise 2008, sondern spätestens mit dem Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Projekt des europäischen Binnenmarktes.

Hieraus die Rückbesinnung auf die Verteidigung nationaler Errungenschaften abzuleiten ist ebenso kurzschlüssig. Zentrale Richtungsentscheidungen fallen nach wie vor im europäischen Rat, also durch nationale Regierungen, aber jenseits nationaler Parlamente. Die Prekariisierung der Arbeit ist durch europäische Entscheidungen erleichtert worden. Angetrieben wurde sie über nationale Parlamente: die Workfare-Programme in Großbritannien ebenso wie die Agenda 2010 in Deutschland. Die Privatisierung kommunaler Stadtwerke ist von der EU gewünscht, betrieben wurde sie schon zuvor durch klamme Kommunen, die sich dadurch schnelle Einnahmen und Effizienzgewinne versprochen. Dienstleistungen müssen laut EU-Recht europaweit ausgeschrieben werden, doch niemand hatte die Kommunen gezwungen darauf zu verzichten, diese Dienste selbst anzubieten. Gerade die Bundesregierung nützt das europäische Krisenmanagement, um die Interessen der deutschen und transnationalen Export- und Finanzindustrie durchzusetzen: Neoliberale Politik wird in der ganzen EU verallgemeinert und durch Recht auf Dauer gestellt.

Von rechts bedient die AfD im Chor mit anderen rechtspopulistischen Parteien in der EU den Traum von der Rückkehr zur nationalen Währung. Indem sie zur Krisenbewältigung »imaginäre Gemeinschaften« (Benedict Anderson) beschwört – »wir Deutschen« ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze – bedient sie die Sehnsucht nach einem überschaubaren und beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum. Sie malt das Bild einer »imaginären Ökonomie« von Volkswirtschaften, die es längst nicht mehr gibt. Transnationalisierte Produktionsnetze und liberalisierte globale Finanzmärkte bestimmen das Bild.

Im Ensemble von Institutionen und Abkommen der EU sind lokale, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen zu einem komplexen Geflecht verwoben. Zwar hat dieser Umstand keineswegs zur Überwindung der

Nationalstaaten geführt. Vielmehr spielen nationale Wettbewerbsstaaten eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Doch übersieht bspw. die Forderung nach einem geregelten Euro-Austritt eben diese transnationale Qualität: Wie soll auf nationaler Ebene die Reregulierung internationaler Finanzmärkte erfolgen? Wie soll das Ausspielen von Standorten in transnationalen Produktionsnetzen verhindert werden? Wie soll angesichts globaler Märkte eine national ausgerichtete keynesianische Strategie greifen? Sie würde in kürzester Zeit mit der Transnationalisierung von Kapitalströmen und Machtstrukturen kollidieren. Nationalstaatlich beschränkte Politik wird nicht einmal zur Verteidigung sozialer Errungenschaften ausreichen. Und auch für Griechenland unter einer möglichen Linksregierung gilt: Sozialismus in einem Land war schon in weniger transnationalisierten Zeiten ein geradezu unmögliches Unterfangen. Es gibt keine Möglichkeit des Exodus.

Dabei ist nicht jeder Euroskeptiker gleich Nationalist. Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Dem kann mit der Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden. Schließlich war in den letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration ein Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Die EU gleicht immer mehr einem wirtschaftsnahen Lobbyverein, der angesichts eines schwachen Europäischen Parlaments kaum der politischen Kontrolle oder der Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen unterliegt. Die parteiförmige Linke bewegt sich also in einem strategischen Dilemma, welches im Europa-Wahlprogramm der LINKEN auf den Punkt gebracht wird: »Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union.«

## Autoritärer Konstitutionalismus

Neben den Troika-Auflagen für »Hilfskredite«, die auch gegen Grund- und Menschenrechte (z.B. das Recht auf Tarifautonomie) verstoßen, steht eine *New Economic Governance* mit diversen Austeritäts- und Wettbewerbspoliken im Zentrum des europäischen Krisenmanagements. Hierbei werden demokrati-

sche Prinzipien und geltendes Rechts, wenn nötig, umgangen oder gebrochen. Das geschieht über den Umweg zwischenstaatlicher Abkommen (wie z.B. im Fall des Fiskalpaktes) oder über die europarechtswidrige Einpressung von Sekundärrecht in die geltenden Verträge (wie im Fall der *New Economic Governance*). Hierbei werden die Exekutivapparate mit umfassenden Beschluss- und Sanktionskompetenzen ausgestattet, während die parlamentarischen Arenen geschwächt werden – sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Dieser autoritäre Konstitutionalismus zählt weder auf Recht noch auf Zustimmung. Sein Zwangscharakter tritt nicht nur in Südeuropa offen zutage.

Das heißt: Selbst die im europäischen Recht verdichteten Handlungsräume werden nun zu eng für die Radikalisierung des neoliberalen Projekts. Nachdem die Regeln für eine strikte Austeritätspolitik europaweit auf Dauer gestellt und damit einer demokratischen Infragestellung entzogen wurden, geht es nun um eine Europäisierung der im südeuropäischen Laboratorium erprobten Struktur-reformen. In den »Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit« sollen sich die Mitgliedsstaaten gegenüber der Europäischen Kommission zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte, zur Reform ihrer Pensions-systeme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten (vgl. Thomas Händel, Seite 19). Die geplanten wie die beschlossenen Instrumente der Krisenpolitik gehen noch wesentlich weiter als das mögliche Freihandelsabkommen mit den USA. Die Kommission erklärt ganz offen, dass die angedachten Verträge auf die Überwindung politischer Widerstände zielen. Die zentrale Konfliktachse im autoritären Konstitutionalismus lautet daher nicht Europa vs. Nationalstaat, sondern europäisches Staatsapparate-Ensemble vs. (repräsentative) Demokratie.

## Strukturelle Selektivität der EU

Jeder Versuch einer linken Reform muss sich außerdem mit der strukturellen Selektivität der EU-Institutionen auseinandersetzen. DIE LINKE etwa fordert daher zu Recht einen »Neustart mit einer Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind«, wie es noch im Entwurf des Leitantes hieß. Entsprechende Vertragsänderungen sind aber schwierig. Das in Artikel 48 des Vertrages über die Europäische Union festgeschriebene Prozedere sieht die Zustimmung jedes Nationalstaates vor. Durch diese zentrale Rolle im Vertragsänderungsverfahren können sich Interessen im Wesentlichen nur als nationale Interessen und nur durch ihre Exekutiven hindurch artikulieren. Französische ArbeiterInnen sitzen so im selben Boot mit französischen Großbauern und Konzernen anstatt nach gemeinsamen Interessen mit deutschen oder österreichischen Lohnabhängigen zu suchen. Dieser nati-

Es gibt ein Unbehagen gegenüber der EU, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist.



Anne Steckner, Sozialwissenschaftlerin und in der politischen Bildung tätig.

Foto: Mauricio Bustamante



Lukas Oberndorfer, Wissenschaftler in Wien und aktiv im Arbeitskreis kritische Europaforschung der AkG.

Foto: Harri Mannsberger



Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Foto: privat

## Neugründung Europas? Strategische Orientierungen

Von Mario Candeias,  
Lukas Oberndorfer, Anne Steckner

onalstaatliche Flaschenhals führt zu einer Horizontalisierung der Konfliktachsen: ›Die Deutschen/Österreicher/Belgier‹ müssen vermeintlich für ›die Griechen/Portugiesen/Irländer‹ die Zeche zahlen. Klassenwidersprüche, Geschlechterhierarchien und andere Machtverhältnisse werden unsichtbar, die Verursacher der Krise bleiben ungenannt.

Zudem ist die komplexe Rechtslage ein Feld für ausgewiesene ExpertInnen mit Spezialkenntnissen: Nur wer sich im juristischen Dschungel der EU zu bewegen weiß, kann Vorschläge einbringen, die ins bisherige Vertragsgefüge passen. Das führt nicht nur zu einer Verrechtlichung und Bürokratisierung der Debatte. Es stärkt auch die Exekutiven und schließt die Bevölkerungen von realer Beteiligung aus. Darüber hinaus kann das Veto jedes Mitgliedslandes (bzw. seines Staats- und Regierungschefs) dafür sorgen, dass auch nur die kleinste Infragestellung der autoritär-neoliberalen Integration zu nichte gemacht wird. Ohne den Konsens aller Mitgliedsstaaten keine wesentliche Vertragsänderung. Auf diese Weise kann sich die Vetomacht einer einzigen Regierung gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in Europa wenden. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Neugründung Europas von unten nicht einmal in Ansätzen erringen. Was bedeutet das für strategische Orientierungen der Linken?

### Kritik des autoritären Krisenmanagements und Solidarität

Die klare Ablehnung des Krisenmanagements war medial durchaus erfolgreich und wurde an der Wählerbasis von Parteien links der Sozialdemokratie durchaus positiv aufgenommen. Es gelang, die Ursachen der Krise mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern zu verbinden, statt sich durch nationalistische Deutungen spalten zu lassen.

Sinnvoll bleibt auch, auf nationalem Terrain Möglichkeiten gegen neoliberale und autoritäre Maßnahmen auf europäischer Ebene zu nutzen, etwa mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch vor europäischen Gerichten, insbesondere dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, lassen sich innerhalb des bestehenden Rechts soziale und demokratische Rechte verteidigen, z.B. mit Klagen gegen die Economic Governance, den Fiskalpakt, das grund- und kompetenzrechtlich nicht gedeckte Vorgehen der EU-Organe im Rahmen der Troika oder gegen das Agieren von Frontex. All diese möglichen Schritte sind wichtiger Teil einer linken Gegenstrategie und erreichen ein beachtliches Medienecho.

### Verknüpfung von Krise, Alltag und Kommune

Trotz kleiner (kommunikativer) Erfolge zeigt sich, dass das Thema Eurokrise oft schwer vermittelbar ist. Linke Strategien sollten weniger von der großen Krise als vom Lebensalltag der Menschen ausgehend entwickelt werden: Wie hängen Kri-

se und Alltag miteinander zusammen? Was haben meine Probleme mit den Forderungen vieler Menschen in den Krisenländern zu tun? Wie lässt sich daraus eine gemeinsame, solidarische Perspektive entwickeln? Für die am stärksten von der Krise betroffenen Länder in Europa ist ein Schuldenaudit eine unverzichtbare Forderung, um sich von der erdrückenden Schuldenlast zu befreien. Solch ein Audit zielt darauf ab, die Unrechtmäßigkeit der Schulden herauszustellen, indem gefragt wird: Muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen überhaupt geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Welche Schulden sollten zurückgezahlt werden – und vor allem: welche nicht?

Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten.

In Deutschland ließe sich die Schuldenproblematik mit Forderungen verknüpfen, die der Situation hierzulande entsprechen. Ein wichtiges Thema wäre die Schuldenbremse. Sie bedroht die ohnehin schon recht prekäre Finanzlage der Kommunen ganz unmittelbar. Die Einschränkung von öffentlichen Leistungen bekommt die Bevölkerung direkt zu spüren. Zahlreiche Auseinandersetzungen um die soziale Infrastruktur, von der Ausstattung der Schulen über ausreichende Kindergartenplätze, öffentlichen Nahverkehr, die Rekommunalisierung von Wasserwerken und Energieversorgern bis hin zu Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum, spielen sich auf kommunaler Ebene ab. Hier ist die Krise am deutlichsten zu spüren. Und es stehen zahlreiche Kommunalwahlen an.

Ein Beispiel für eine europaweit verbindende Perspektive unterschiedlicher Kämpfe um soziale Grundbedürfnisse wäre die Arbeit an einer Forderung für eine entgeltfreie soziale Infrastruktur für alle, eine bedingungslose sozial-ökologische Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Mobilität, Internet etc., sowie kostenlose Gesundheit und Bildung.

### Europäische Bewegungen und transnationale Widerstände

Die Eröffnung des neuen EZB-Hochhauses im Jahr 2014 und die Neuauflage der Blockupy-Protteste in Frankfurt können als Verdichtungspunkt transnationaler Organisation eine wichtige symbolische Bedeutung entfalten. Wichtiger noch als das Ereignis selbst dient die Mobilisierung dem europaweiten Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen.

Dabei konnte die Orientierung auf nationale und europäische Schuldenaudits von unten bislang nicht die gewünschte

Dynamik entfalten. So wichtig dies ist, so sehr drehen sich die Leidenschaften der Vielen auch bei den Bewegungen eher um alltagsnahe Kämpfe im prekären Leben: Gesundheit, Ausbildung, Ernährung und Wohnen – ob in Istanbul oder Berlin, Detroit oder Madrid. In Spanien sind die darin involvierten Organisationen ein institutionell-strategisches Rückgrat der gesamten Mobilisierung und können sogar erste substanzielle Erfolge vorweisen. Auch bei uns gehören Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen oder Initiativen wie Kotti&Co und für ein Recht auf Stadt zu den Hoffungszeichen einer ansonsten wenig beweglichen bundesdeutschen Protestgesellschaft. Doch wie können die lokalen

Es geht darum, Möglichkeiten auf nationaler Ebene so einzusetzen, dass europäische Verhältnisse in Bewegung geraten.

Kämpfe transnational verknüpft werden? Mit gemeinsamen Aktionstagen ist ein Anfang gemacht. Blockupy kann dafür genutzt werden, lokale und transnationale Perspektiven zusammenzubringen. Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Zwangsräumung und Vertreibung und für bezahlbares Wohnen wäre möglicherweise eine unterstützende Initiative, die den Alltagskämpfen einen europäischen Resonanzraum geben könnte. Der Forderung nach Kommunalisierung von leerstehenden Wohnungen und nach demokratisch verwaltetem, sozial-ökologischem Wohnraum müssten klare Finanzierungsquellen, wie die Trockenlegung von Steueroasen und eine europaweite Harmonisierung der Unternehmenssteuern, gegenübergestellt werden.

Auch wenn die Kommission sich vorerst für unzuständig erklären könnte, wäre darüber die Asymmetrie zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration thematisierbar. Die erste EBI gegen die Privatisierung der Wasserversorgung war erfolgreich und erzwingt, dass sich die Kommission mit den Forderungen zumindest auseinandersetzen musste: Sie klammerte daraufhin Wasser und sanitäre Grundversorgung von der geplanten europäischen Konzessionsrichtlinie aus. Der EBI voraus gingen z.B. das Volksbegehren gegen die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen in Italien (2007) und der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Berlin (2011). So könnte auch eine EBI gegen Zwangsräumungen und Vertreibung mit anderen Initiativen auf kommunaler und nationaler Ebene verknüpft werden.

Sofern eine solche Initiative nicht mit der Bewegung an sich verwechselt wird, sondern diese begleitet und mit ihr verbunden ist, kann sie ein mobilisierendes Moment sein. Zurzeit planen die Gewerkschaften des DGB mit europäischen Schwesterorganisationen eine EBI zur

Realisierung eines »Marschall-Plans für Europa«. Wäre dieser Prozess begleitet von einer Debatte innerhalb des EGB, mit den jeweiligen Gewerkschaften bis hin zu den betreffenden Regionen in den Krisenländern, die den Plan mit konkreten Ideen für seine Umsetzung vor Ort ergänzen, könnte dies eine sinnvolle Kampagne werden. Andernfalls bliebe es ein isolierter Versuch, Einzelforderungen durchzusetzen.

Im Unterschied dazu betreiben die Bewegungen gegen Zwangsäumung in Spanien – wie die Plattform der von den Hypotheken Betroffenen (PAH) – ihre Organisierung als Arbeit an der breiten Neuformierung der Linken für eine weitergehende gesamtgesellschaftliche Veränderung. Jeder konkrete Einzelerfolg ist zwar individuell bedeutsam, verpufft jedoch, wenn er nicht zugleich die Handlungsfähigkeit der Vielen und die Organisationsmacht der Bewegung stärkt.

#### Vorschläge für eine programmatische Reform der EU

Die vielen nach vorne gerichteten Vorschläge linker Parteien zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas könnten noch deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas vertreten werden: erstens durch kurzfristige Krisenintervention soziale und finanzielle Not von den Menschen abwenden – zu lasten derjenigen, die die Krise verursacht und mit ihr noch Profite gemacht haben; zweitens einen alternativen wirtschaftlichen Entwicklungspfad in Europa möglich machen, der soziale und ökologische Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt; und drittens eine langfristige Vision für die Zukunft der europäischen Einigung zur Diskussion stellen.

Zugleich deuten sich in der gegenwärtigen EU-Politik Veränderungen herrschender Politik an, die gewisse Debattenräume öffnen. Diese Verschiebungen können genutzt werden, um linken Vorschlägen mehr Gehör zu verschaffen: Wie könnte eine kooperative europäische Wirtschaftskoordination aussehen, was wären Elemente einer sozial-ökologischen Industriepolitik in Europa, wie wären solidarische Perspektiven europäischer Arbeitsteilung zu entwickeln?

Vor falschen Hoffnungen sollte man jedoch auf der Hut sein: Linke Reformen innerhalb des autoritären Konstitutionalismus der EU sind aufgrund der genannten Selektivitäten kaum durchsetzbar. Vielmehr droht mit sinnvoll erscheinenden Reformen die Vertiefung neoliberaler Politik: So wird Industriepolitik im Sinne der Kommission auf verbesserte Wettbewerbsbedingungen und Zugang zu Märkten reduziert. Ansätze einer europäischen Arbeitslosenversicherung zur konjunkturellen Abfederung von Krisen soll in einzelnen Mitgliedsstaaten an eine weitere Flexibilisierung von Arbeitsmärkten gekoppelt werden.

#### Strategien eines demokratisierenden Bruchs

Es ist fraglich, wie lange die gegenwärtige Regierung in Griechenland noch hält. Für die Herrschenden in Europa ist dies ein Fanal, sie fürchten den Präzedenzfall: Gelänge es dem Bündnis der radikalen Linken, Syriza, dem drakonischen Kürzungs- und Wettbewerbsdiktat wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, droht ein politischer Dominoeffekt. In Griechenland haben sich breite Bewegungen organisiert, wodurch die Linke bei den Wahlen reüssiert. Die Formulierung eines klaren Antagonismus führte das Bündnis nicht in die Isolation. Vielmehr scheint es zu gelingen, die in den Bewegungen und größeren Teilen der Bevölkerung geäußerten Leidenschaften und Forderungen aufzunehmen und zu verdichten: Gegen die autoritär-neoliberale EU und die Macht des Finanzkapitals, aber für Europa. Auf intelligente Weise umgeht Syriza die Dilemmata, in denen sich die Linke in Europa sonst häufig verfängt.

Es geht also darum, Möglichkeiten auf nationaler Ebene so einzusetzen, dass europäische Verhältnisse in Bewegung geraten. Die demokratische Neugründung Europas wäre das Ziel. Möglicherweise wird diese Perspektive aber erst durch ein Ereignis geöffnet, gar hervorgerufen, das in nur einem Land einen effektiven Bruch erzeugt: etwa durch eine griechische Linksregierung, die die Kürzungspolitik der Troika zurückweist, Neuverhandlungen und einen Schuldenschnitt erzwingt, Kapitalverkehrskontrollen einführt, Steuerreformen umsetzt und mit einem sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftens beginnt. Das politische Risiko, gegen Europa-recht zu verstoßen, ist einzugehen. Andere werden folgen. So könnten die in einem oder mehreren Ländern begonnenen Reformschritte innerhalb Europas ausgedehnt werden. Doch stellt sich diese Perspektive bislang realistisch nur in Griechenland. Und die Herrschenden tun alles, um eine solche Position zu isolieren. Und doch ist die Unzufriedenheit mit der Politik und den Institutionen der EU so groß, dass Brüche mit den geltenden Regeln, quasi ein staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr, durchaus auf Zustimmung treffen könnte.

#### Verfassungsgebende Prozesse und Neugründung Europas

Das Grundsatzprogramm der LINKEN formuliert einen anspruchsvollen Ausgangspunkt: »Wir setzen uns [...] weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allem EU-Mitgliedsstaaten in einem Referendum abstimmen können. Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel.«

Angesichts der hochgradig vermachteten EU-Institutionen müssen linke Parteien in Europa scheitern, wenn sie nicht

darauf hinarbeiten, die *Anordnung der Strukturen* selbst zu verändern und das Terrain des Kampfes zu verschieben: Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine linke Regierung in Spanien oder Griechenland chancenlos. Die Asymmetrien der Macht in Europa sind ungeheuer.

So wäre die alleinige Konzentration aufs Parlament innerhalb des europäischen Ensembles von Staatsapparaten eine Selbstbeschränkung auf ein nahezu hoffnungslos vermachtetes Terrain. Es gälte daher, einen Terrainwechsel zu vollziehen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisierung in Räte-Strukturen – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linken zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Zahlreiche gesellschaftliche Kräfte in Südeuropa und darüber hinaus diskutieren in diese Richtung. Am Ende stünde eine verfassungsgebende Versammlung für Europa, die zumindest durch allgemeine und gleiche Wahlen zusammengesetzt sein müsste – eine Strategie, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Eindringen der Massen in die Politik ermöglicht hat.

Ein solcher Prozess wäre ein wichtiger Verdichtungspunkt einer bereits begonnenen Dynamik für ein anderes Europa. Er kann begonnen werden ohne ein Mandat der gegebenen Institutionen. So ließe sich die Mobilisierung gegen die Hauptquartiere der Macht und gegen das europäische Ensemble von Staatsapparaten mit ihrer notwendigen Umgestaltung verbinden: nicht weiter mit *diesem* Herrschaftsprojekt EU! Es gälte, die durch die EU-Institutionen erzwungene horizontale Konfliktachse zwischen nationalen Interessen in eine vertikale Achse zwischen den subalternen Gruppen und Klassen in der EU einerseits und den herrschenden Machtgruppen und dominanten Kapitalfraktionen andererseits zu drehen. Ein solcher Prozess könnte – anders als richtige, aber nicht durchsetzbare Einzelforderungen – eine größere Wirkung entfalten, weil es ums Ganze geht und alle Menschen sich potenziell beteiligen können: Welches Europa wollen wir? Wie wollen wir darin leben? Zugleich unterbricht er die katastrophale Kürzungsmaschine, klagt Zeit ein und nimmt sie sich – für eine wirkliche Neugründung Europas.

Zuvor braucht es jedoch auch auf europäischer Ebene einen effektiven Bruch. Dieser ist unmittelbar auf transnationaler Ebene nicht zu erwarten. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen droht das Potenzial eines verfassungsgebenden Prozesses zu verpuffen. Bruch und Neugründung sind keine Gegensätze, sie verweisen aufeinander.

#### Neugründung Europas? Strategische Orientierungen

Von Mario Candeias,  
Lukas Oberndorfer, Anne Steckner

# Ein geschichtlicher Moment. Die Linke und Europa

Von Pierre Laurent



**Pierre Laurent** ist Vorsitzender der Europäischen Linken. Dies ist die gekürzte Fassung seiner Eröffnungsrede zum Kongress der Europäischen Linken, Madrid, 15. Dezember 2013

Foto: dpa/Maxppp/Hugues Leglise Bataille

Übersetzung: Raul Zelik

Wir erleben in Europa einen historischen Moment. Die EU befindet sich in einer existenziellen Krise, alle Grundlagen der europäischen Integration, alle EU-Verträge sind in Frage gestellt. Ich werde die schreckliche Krise, die unser Kontinent durchlebt nicht erneut beschreiben. Wir alle kennen ihre Auswirkungen. Stattdessen will ich mich darauf konzentrieren, Europa eine andere Zukunft vorzuschlagen.

Die europäischen Regierungen, Sklaven ihren Dogmen, haben keine Vision für Europa. Sie sind dabei, die Idee eines Europas der Kooperation und der Solidarität zu beerdigen. Der Autoritarismus raubt den Menschen und Parlamenten immer mehr Einfluss. In den Ländern, die dem Diktat der Troika unterworfen sind, haben drakonische Maßnahmen, die der Bevölkerung wie Strafen aufgezwungen werden, das europäische Modell und seine Repräsentanten in Misskredit gebracht. In trüben Wassern fischend versucht die extreme Rechte diese Skepsis für sich zu nutzen. Die Gefahren sind ernst: Es geht um die Durchsetzung einer immer autoritärer werdenden Europäischen Union, um die Rückkehr eines »Einzelkämpfertums« im Dschungel der Globalisierung, ja sogar um die Rückkehr von Kriegen, von Nationalchauvinismen und Rassismus.

In dieser Situation werden Stimmen lauter, die für den Rückzug des einen oder anderen Landes aus der Euro-Zone plädieren, was früher oder später zu deren Auflösung führen würde. Die Debatte durchzieht auch die Linke. Es ist verständlich, dass einige solche Schritte in Betracht ziehen – aus Verzweiflung und weil das Kürzungsdiktat die einzige Perspektive zu sein scheint. Dennoch handelt es sich aus unserer Sicht um einen falschen, sogar gefährlichen Weg. In der erbarmungslosen Welt, in der wir leben, würden die Subalternen in verschärfte Konkurrenz zueinander gesetzt, müssten einen gnadenlosen Wirtschaftskrieg austragen. Die großen Unternehmensgruppen und die hegemonialen Staaten wären die einzigen Gewinner eines solchen »Einzelkämpfertums«. Um Solidarität und Kooperation zu fördern, die uns so dramatisch fehlt, wäre eine radikal andere Europäische Union nötig: ein auf völlig anderen Grundlagen neu gegründetes Europa.

Die Situation in Osteuropa ist besonders besorgniserregend. Die EinwohnerInnen dieser Länder laufen Gefahr, zu Geiseln der Konfrontation zwischen den Mächten – EU gegen Russland – zu werden; zu Geiseln der Konfrontation nationaler Oligarchien um die Kontrolle über Ressourcen und Märkte.

Die Eckpunkte der Neugründung sind folgende:

- ein Ende der Austeritätspolitik und eine Umkehr zu sozialer, ökologischer und solidarischer Entwicklung, zu öffentlichen Dienstleistungen.
- die Übermacht der Finanzmärkte muss zerschlagen werden, indem Schulden

neuverhandelt und ihr illegitimer Teil erlassen wird, und indem die Rolle der EZB so neu bestimmt wird, dass sie dazu beiträgt eine soziale Entwicklung zu finanzieren.

- wir müssen die Durchsetzung von sozialen Rechten und Menschenrechten in ganz Europa voran bringen – sie müssen nach und nach an den jeweils höchsten Stand angeglichen werden.
- wir müssen gerechte Handelsbeziehungen unter den europäischen Staaten und mit dem Rest der Welt aufbauen – zunächst gilt es das Projekt eines Transatlantischen Freihandelsabkommens zu stoppen.
- ein friedliches Europa muss die NATO verlassen, Abrüstung betreiben und an politischen, nicht-militärischen Lösungen von Konflikten arbeiten.
- Zu guter Letzt geht es darum, die Demokratie (wieder)herzustellen: die Bevölkerung muss das letzte Wort über strukturelle Entscheidungen in der EU haben, ihre Souveränität und die heute lächerlich gemachten Parlamente müssen wieder respektiert werden.

Wir alle sind dieses Europa, das mit allen Mitteln nach menschlicher Emanzipation sucht.

## Wie können wir auf diesem Weg vorankommen?

Die Europäische Linke hat sich an vielen Bündnissen beteiligt, die für eine – wie wir es nennen – »soziale und politische Front in Europa« zentral sind. Sie hat ihre Zusammenarbeit mit sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen intensiviert und eine Politik verfolgt, die darauf zielt, neue gesellschaftliche Kräfte und politische Akteure zu gewinnen.

Wir wollen unsere Beziehungen mit einer ganzen Reihe von linken Kräften in Europa intensivieren. Ich denke an den Balkan, die nordischen Ländern, Großbritannien, die Länder im Osten. Wir schlagen vor, unsere Statuten so zu ändern, dass andere Parteien »Partner«-Organisationen der Europäischen Linken werden können. Auf diese Weise wollen wir die Zusammenarbeit verbessern und unsere Strahlkraft vergrößern.

Wir haben an einer Annäherung mit dem Sao Paulo-Forum, den Organisationen der lateinamerikanischen Linken und der mediterranen Linken gearbeitet. All das ist von großer Bedeutung. Wir wollen, dass dieser Austausch in praktisches Handeln mündet, für eine konkrete Transformation Europas, der Welt und des Lebens der Menschen.

## Ein Symbol der Hoffnung

Die Europäische Linke ist nicht mehr nur ein Ort des politischen Austauschs. Sie ist

eine Partei der konkreten Zusammenarbeit, der Aktion – eine Partei der Veränderung.

Wir schlagen vor, dass die Europäische Linke Kampagnen durchführt, die es ermöglichen, kämpferisch und bürgerschaftlich neue gemeinsame Ziele zu verfolgen. Darum ging es bei der Europäischen Bürgerinitiative, die wir ins Leben gerufen haben, um eine öffentliche europäische Bank oder einen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung zu gründen.

In diesem Sinne wollen wir im Jahr 2014 eine große Kampagne gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen starten, zusammen mit Bewegungen und NGOs. Das Freihandelsabkommen ist für die EuropäerInnen ebenso gefährlich wie für die Menschen im Rest der Welt. Seine Inhalte müssen offengelegt werden. Wir können die Unterzeichnung des Abkommens verhindern – unsere sere lateinamerikanischen Freunde haben es uns mit dem ALCA-Abkommen vorgemacht. Nichts ist entschieden.

Außerdem wollen wir im März einen Schuldengipfel in Brüssel organisieren. Diese Positionen müssen wir auch in den Europa-Wahlkampf tragen. Schulden sind zu einer ideologischen Waffe geworden, um eine Politik sozialer Ungleichheit und das Kürzungsdiktat zu legitimieren. Wir wollen die Austerität stoppen, eine Belebung der Wirtschaft anders finanzieren und den Reichtum wieder gerechter verteilen.

Schließlich möchte ich betonen, dass wir 2014 – dem hundertsten Jahrestag des Ersten Weltkriegs – Friedensinitiativen starten. Ich denke besonders an Veranstaltungen, die Anfang des Jahres in Verdun und später in Sarajewo stattfinden werden.

Wir setzen uns für ein stärkeres politisches Zusammenwachsen ein. Die EL schlägt vor, jedes Jahr ein »Europäisches Forum der Alternativen« zu veranstalten – als neuen, offenen Raum für alle Organisationen und gesellschaftlichen Kräfte, die an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert sind. Das erste Forum könnte im Herbst 2014 stattfinden, in einer neuen, aus den Wahlen hervorgegangenen politischen Landschaft.

Selbstverständlich sind alle unsere politischen Anstrengungen bis Mai 2014 auf die Vorbereitung der europäischen Wahlen gerichtet. Wir sehen auch die Gefahr der radikalen Rechten. Die Vorsitzende der Front National, Marine Le Pen, ist gerade durch die europäischen Hauptstädte gereist, um die Gründung einer rechts-extremen Fraktion im Parlament vorzubereiten. Sie werden versuchen, auf der Welle einer Europa-Ablehnung zu reiten.

Die EU befindet sich in einer existenziellen Krise, alle Grundlagen der Integration sind infrage gestellt.



Die Sozialdemokraten werden sich bemühen, als Bollwerk gegen diese Gefahr zu erscheinen. In einer gemeinsamen, am 23. Oktober in Berlin veröffentlichten Erklärung verkünden die deutsche Sozialdemokratie und die französischen Sozialisten von François Hollande: »Wir wollen neues Vertrauen in Europa schaffen, indem wir für den Wandel in Europa, für ein demokratischeres, sozialeres und nachhaltigeres Europa werben. Das ist es, was wir den Menschen als Vorschlag für die Europawahlen 2014 unterbreiten möchten.« In dieser Erklärung bekundet die französische Sozialistische Partei außerdem ihre Unterstützung für Martin Schulz als Vorsitzenden der Europäischen Kommission. Aber welche Glaubwürdigkeit haben sie noch, wo doch die SPD jetzt Stakeholder einer Großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel ist? Sie halten die Menschen zum Narren.

Dazu bieten wir eine linke Alternative – »wir« das sind all jene, die wie wir eine Stärkung der GUE-NGL, der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken anstreben. Die Europäische

Linke hat sich entschlossen, für diese Aufgabe einen Kandidaten für den Vorsitz der Europäischen Kommission zu nominieren: Alexis Tsipras. Diese Entscheidung gründet auf dem Wunsch, Europa zu einigen und es auf einer demokratischen und fortschrittlichen Grundlage neu zu begründen.

Für die Europäische Linkspartei ist diese Kandidatur ein starkes Symbol der Hoffnung für Europa. Griechenland hat der Austeritätspolitik als Versuchskaninchen gedient. Aber Griechenland hat Widerstand geleistet und leistet ihn immer noch. Syriza hat es verstanden, unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte gegen die barbarischen Memoranden, gegen den Autoritarismus und für eine Wiederbelebung Griechenlands innerhalb eines solidarischen Europas zu vereinen. Die Stimme von Alexis Tsipras ist die Stimme der Hoffnung und des Widerstands gegen eine ultraliberale Politik und gegen die Drohung der radikalen Rechten. Diese Kandidatur könnte zahlreiche Bürger und politische Organisationen zusammenbringen.

# Move Forward. Die Veränderung hat begonnen

Von Alexis Tsipras



Alexis Tsipras ist Spitzenkandidat der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament und damit zugleich für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission.

Foto: dpa/Manuel De Almeida

Übersetzung: Britta Grell

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Europa ist an einem kritischen Scheideweg angelangt, und es gibt zwei Richtungen, die es einschlagen kann: Entweder entscheiden wir uns für Stillstand oder wir bewegen uns vorwärts. Entweder wir finden uns mit dem neoliberalen Status quo ab und tun so, als könne die Krise mit derselben Politik gelöst werden, die sie hervorgerufen hat, oder wir machen uns mit der europäischen Linken daran, die Zukunft in unsere Hand zu nehmen. Denn der Neoliberalismus bedroht die Existenz der Menschen überall in Europa und damit ist auch die Demokratie in Gefahr, insbesondere durch das Erstarken der extremen Rechten.

Diejenigen, die behaupten, dass die verabreichte »Medizin« zum Kurieren der Krise geführt hat, sind Heuchler. Denn der europäische Traum hat sich für Millionen von Menschen in einen Albtraum verwandelt. Umfrageergebnisse des Eurobarometers zeigen, dass wir es mit einer erheblichen Vertrauenskrise in der EU zu tun haben und dass die Popularität der ultrarechten Parteien wächst.

Wir waren es, die europäische Linke, die noch vor der Etablierung der Eurozone zu Recht vor den Schwächen, Mängeln und destabilisierenden Ungleichgewichten dieses Projektes gewarnt haben. Aber die Eurozone existiert nun einmal. Wir haben eine Wirtschaftsunion und eine gemeinsame Währung, und die unmittelbaren Alternativen sind keinen Deut besser. Ein Ausscheiden aus der Eurozone würde keinem Krisenstaat etwas nutzen. Im Gegenteil. Damit würden nur neue Probleme entstehen wie eine instabile Währung, ein möglicher Sturm auf die Banken, Inflation, Kapitalflucht und massenhafte Abwanderung. Schon deshalb sollte etwa Griechenland nicht freiwillig die Eurozone verlassen. Das Ausscheiden Griechenlands oder eines der anderen Krisenländer wäre eine Katastrophe für ganz Europa. Denn sobald ein Land aus der Währungsunion austritt, werden die Märkte und die Spekulanten sofort darauf reagieren und fragen, wer der Nächste ist. Dies ist ein Prozess, der – einmal begonnen – nicht mehr zu stoppen ist.

Unser Interesse als EuropäerInnen ist ein anderes: Wir wollen die Eurozone verändern. Und hier stellen sich drei Aufgaben: Erstens müssen wir in Bezug auf Europa neue Ideen entwickeln, zweitens müssen wir dementsprechend eine veränderte Krisenpolitik betreiben und drittens müssen wir zwangsläufig die Institutionen, ja die ganze Grundlage der EU verändern. Diesen politischen Kampf müssen wir an zwei Fronten führen: zum einen zu Hause, zum anderen in Brüssel, Frankfurt und Berlin.

Denn das europäische Establishment hat die Schuldenkrise zum willkommenen Anlass genommen, die wirtschaftliche und politische Nachkriegsordnung Europas in seinem Sinne umzugestalten. Aus diesem Grund lehnen sie auch unseren Vorschlag ab, eine europäische Schuldenkonferenz einzuberufen, die sich an der Londoner Konferenz zur Regelung der Auslandsschulden von 1953 orientieren soll und auf der eine endgültige und tragfähige kollektive Lösung für das Problem erarbeitet werden könnte.

## In Europa kämpfen...

Denken wir uns für einen Moment zurück in die Vergangenheit: Es ist der 27. Februar 1953. Die Bundesrepublik Deutschland ächzt unter ihrer Schuldenlast und droht die übrigen europäischen Länder in einen Krisenstrudel mit hineinanzuziehen. Die Gläubigerstaaten, darunter Griechenland, machen sich ernsthafte Sorgen um ihre eigene Zukunft. Erst in dieser Situation begreifen sie, was abgesehen von den Neoliberalen längst allen klar war: Die Politik der »internen Abwertung« – gemeint ist eine Senkung der Lohnkosten – sorgt nicht dafür, dass die Schulden abbezahlt werden können. Ganz im Gegenteil.

Auf einem Sondergipfel in London beschließen 21 Staaten, ihre Forderungen an die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer anzupassen. Sie streichen 60 Prozent der deutschen Schulden, gewähren dem Land ein fünfjähriges Zahlungsmoratorium (von 1953 bis 1958) und verlängern die Rückzahlungsfrist um 30 Jahre. Überdies führen sie eine Art Nachhaltigkeitsklausel ein: Demnach muss Deutschland nicht mehr als ein Zwanzigstel seiner Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden.

Diese Beschlüsse waren also das genaue Gegenteil des Versailler Vertrags von 1919 und bildeten die Grundlage für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nichts anderes fordert heute die »Koalition der Radikalen Linken« (SYRIZA). Wir sollten uns also daran machen, all die vielen Mini-Versailler-Verträge, die Bundeskanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Schäuble den europäischen Schuldnerstaaten aufgeherrscht haben, wieder rückgängig zu machen. Lassen wir uns also von jenem großen Tag in der jüngeren Geschichte Europas inspirieren, an dem seine Führung so viel außergewöhnliche Weitsicht unter Beweis gestellt hat. Die verschiedenen Rettungsprogramme für die südeuropäischen Länder sind gescheitert. Sie haben ein Fass ohne Boden hinterlassen – die Zeche da-

für müssen, wie meistens, die einfachen SteuerzahlerInnen zahlen.

Nun bestehen die politischen Eliten in Europa – die sich freiwillig in die Geiselschaft von Frau Merkel begeben haben – aber darauf, diese Maßnahmen, die die Probleme in den südlichen Ländern nur verschlimmert haben, auf den gesamten Euroraum auszudehnen. Wir dagegen meinen, dass Europa einen »New Deal« benötigt, um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen und um ausreichend Mittel für die Finanzierung der Zukunft unserer Länder zu generieren. Europa benötigt mehr Umverteilung und Solidarität, wenn es überleben will.

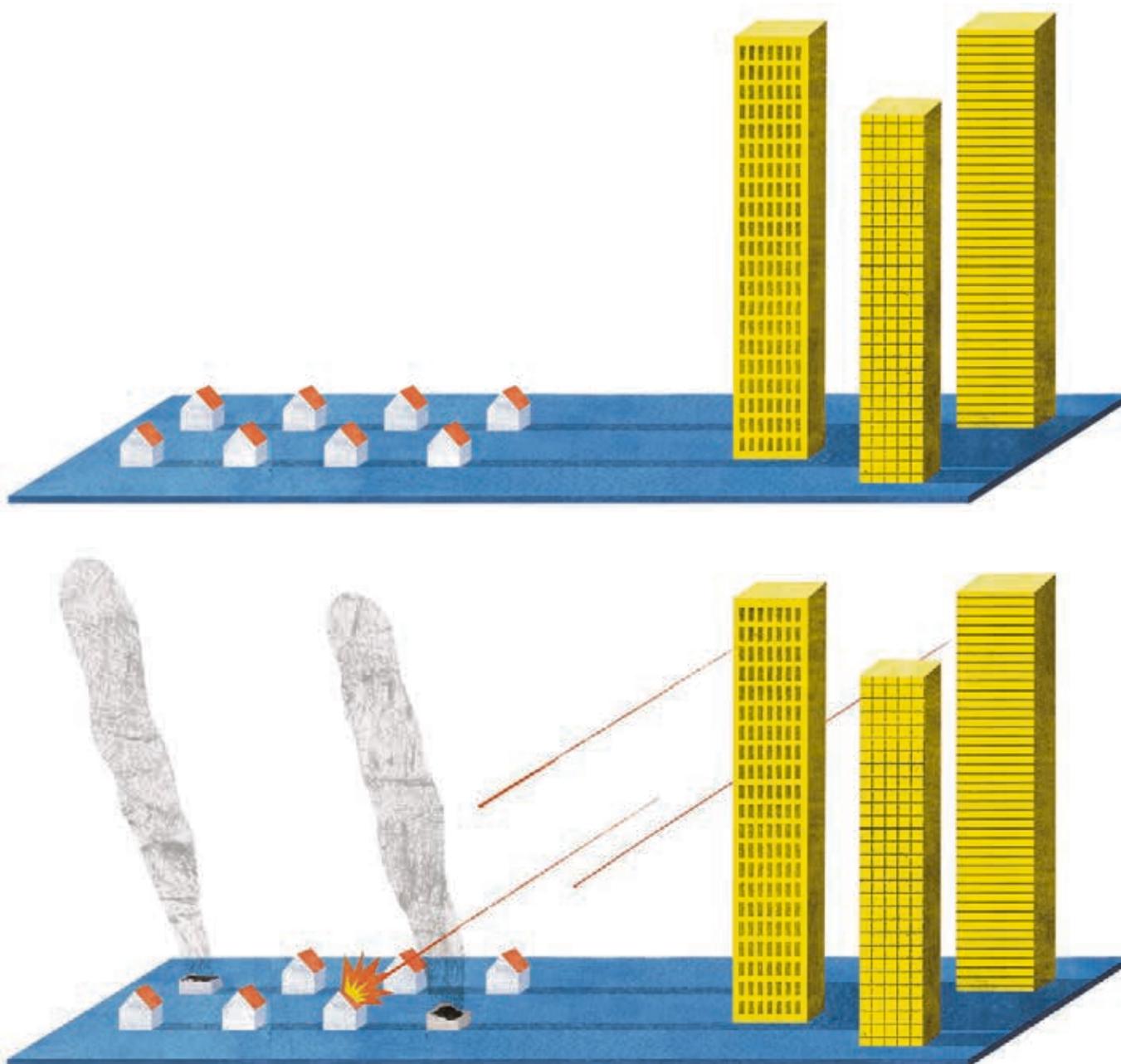
Dies sind die Grundpfeiler des neuen Europas, für das wir uns engagieren und kämpfen. Es soll an die Stelle des heutigen Europas treten, das unter den Armen nur Angst und Schrecken verbreitet, während es das Vermögen der Reichen anwachsen lässt. In Griechenland hat das Memorandum eine für die Nachkriegszeit beispiellose humanitäre Krise nach sich gezogen. Sie stellt eine Schande für die europäische Zivilisation dar. Zwei Millionen GriechenInnen sind nicht mehr in der Lage, Grundbedürfnisse zu befriedigen, es fehlt an Geld für ordentliche Mahlzeiten und zum Heizen. Vor kurzem ist in Thessaloniki ein Mädchen an einer Rauchvergiftung gestorben, weil ihre Familie die Stromrechnung nicht bezahlen konnte und versucht hatte, die Wohnung mit Hilfe eines selbst installierten Holzofens zu beheizen. In Athen und anderen größeren Städten gehört es inzwischen zum Alltag, dass gut gekleidete Frauen und Männern in Mülltonnen nach Essen wühlen. Eine Währungsunion, die zu einer Spaltung ihrer Mitgliedsstaaten und deren Gesellschaften führt, die für wachsende Arbeitslosigkeit verantwortlich ist und für ein Mehr an Armut und sozialer Polarisierung steht, muss entweder umgestaltet werden oder wird zusammenbrechen. Eine Umgestaltung bedeutet einen grundsätzlichen Wandel.

## ...und zu Hause

Vergessen wir jedoch nicht die anderen Ursachen der griechischen Finanzkrise. So hat sich in Griechenland nach wie vor nichts an der Verschwendung öffentlicher Gelder geändert. Nirgends in Europa kommt etwa der Bau eines Kilometers Straße teurer wie hier. Ein weiteres Beispiel: Die Privatisierung der Autobahnen dient angeblich der »Vorfinanzierung« neuer Strecken – deren Bau ist aber auf Eis gelegt, gefüllt werden die Taschen der »Investoren«.

Die wachsende Ungleichheit kann daher nicht einfach als Nebeneffekt der Krise abgetan werden. Das griechische Steuersystem ist ein Ausdruck von Klientelismus, der die Eliten des Landes zusammenklebt. Dank zahlloser Ausnahmeklauseln ist das System löchrig wie ein Sieb, wobei die zahlreichen Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen speziell auf die Oligarchen zugeschnitten sind.

Diejenigen, die behaupten, dass die verabreichte »Medizin« zum Kurieren der Krise geführt hat, sind Heuchler.



Dieses Arrangement beruht seit dem Ende der Diktatur auf einem informellen Pakt zwischen Unternehmern und der doppelköpfigen Hydra des Zweiparteiensystem, bestehend aus Nea Dimokratia und Pasok. Das ist einer der Gründe, warum der griechische Staat bis heute nicht die so dringend benötigten Steuern von den Wohlhabenden eintreibt, sondern vorzugsweise die Löhne und Renten kürzt.

Aber das politische Establishment – das übrigens die letzten Wahlen nur überlebt hat, weil es erfolgreich die Angst der Menschen vor einem Ausscheiden aus der Eurozone schüren konnte – verfügt noch über ein zweites Lebenselixier: die Korruption. Die geheimen Absprachen zwischen den politischen und wirtschaftlichen Eliten aufzubrechen, gehörte daher zu den Prioritäten einer von SYRIZA angeführten populären Regierung. Wir fordern ein Schuldenmoratorium also auch, um in Griechenland einen grundlegenden Wandel herbeizuführen.

Der Wandel Europas ist übrigens weit mehr als eine längst fällige Forderung, es handelt sich vielmehr um eine existenzielle Frage. In Griechenland hat der Prozess des Wandels bereits begonnen. SY-

RIZA ist nur noch einen Schritt von der Machtübernahme entfernt. Die gegenwärtige griechische Regierung versucht der EU dadurch zu imponieren, dass sie die Rolle des »Musterzöglings« spielt. Aber auch das hat ihr nichts gebracht. Nehmen wir als Beispiel die Zusage, die griechische Schuldenlast zu mindern. Die Debatte darum wurde ein ganzes Jahr lang ausgesetzt, weil man die Bundestagswahlen in Deutschland abwarten wollte. Jetzt erklärt man uns, wir müssten uns noch bis zu den Europawahlen im Mai 2014 gedulden. Die Herrschenden in Europa werden uns aber erst dann Gehör schenken, wenn wir einen politischen Wandel in Griechenland herbeigeführt haben und sich die Unzufriedenheit mit der Austeritätspolitik in den bevorstehenden europäischen Wahlen in entsprechenden Stimmenzuwächsen für linke Parteien niederschlägt.

#### Hin zu einem anderen Europa

Die anstehende Europawahl bietet eine Gelegenheit, einen wirklichen Dialog mit den Menschen in Europa zu beginnen – vor allem mit denjenigen, die den Eindruck haben, dass sich niemand für ihr Schicksal interessiert. Wir zählen dabei

auf jede Einzelne und jeden Einzelnen von euch. Wir setzen auf die Solidarität, um bei den ersten entscheidenden Schritten unserer Regierung nicht allein dazustehen. Denn unter einer von SYRIZA geführten Regierung wird es in Griechenland eine Abkehr von all den Kürzungspolitiken geben. Wir werden einen tragfähigen Plan zur Förderung der griechischen Wirtschaft vorlegen, aber – was noch von größerer Bedeutung ist – einen realistischen Plan für einen Umbau hin zu einem anderen Europa. Was wir in Europa brauchen, ist eine möglichst breite Front gegen den vorherrschenden Kurs, eine Solidaritätsbewegung für die Rechte der Lohnabhängigen sowohl im Norden als auch im Süden. Was wir brauchen, wenn die europäische Linke an Stärke gewinnen und einen maßgeblichen Unterschied machen will im Alltag der einfachen Leute, sind möglichst umfassende soziale und politische Bündnisse. Die Europawahl im kommenden Mai bietet eine historische Chance, die Voraussetzungen für diesen Wandel mit zu schaffen. Wenn versucht wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ist es an der Linken, Europa in eine bessere Zukunft zu führen.

# Schulden und Euro: Was tun?

Ein Manifest von Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea, Francisco Louçã, Mariana Mortagua, Michel Husson, Stavros Tombazos, Giorgos Galanis, Özlem Onaran

Das Manifest entstand auf Initiative von Michel Husson, Ökonom am Institut de recherches économiques et sociales (IRES) in Paris und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Die weiteren Autoren: Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea (Spanien), Francisco Louçã, Mariana Mortagua (Portugal), Stavros Tombazos (Zypern) Giorgos Galanis, Özlem Onaran (Großbritannien). Die AutorInnen sind als linke WissenschaftlerInnen aktiv in unterschiedlichen europäischen Bewegungen und Parteien der Linken. Eine Langfassung des Manifests gibt es unter:

<http://gesd.free.fr/euromani.htm>

## Ein falsches Dilemma

Diese Krise hat gezeigt, dass dieses neoliberale Projekt in Europa nicht tragfähig ist. Progressive Alternativen zu dieser Krise erfordern eine Neugründung Europas: Kooperation ist notwendig sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene, für die Restrukturierung der Industrie, für ökologische Nachhaltigkeit und für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Da aber eine globale Neugründung angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses utopisch erscheint, stellt sich der Ausstieg aus den Euro für einige Länder als eine unmittelbare Lösung dar. Das Dilemma scheint also klar: riskanter Ausstieg aus der Euro-Zone oder hypothetische europäische Harmonisierung, die aus den sozialen Kämpfen hervorgehen soll.

Wir denken, dass diese Gegenüberstellung falsch ist; es ist im Gegensatz dazu wichtig, an einer gangbaren Strategie für die unmittelbare Konfrontation zu arbeiten. Jeder soziale Wandel beinhaltet eine Infragestellung der vorherrschenden gesellschaftlichen Interessen, deren Privilegien und deren Macht. Diese Konfrontation spielt sich hauptsächlich auf nationaler Ebene ab. Der Widerstand der herrschenden Klasse und ihr Potential an Vergeltungsmaßnahmen reichen jedoch über den nationalen Rahmen hinaus. Die Strategie des Ausstiegs aus dem Euro beinhaltet nicht ausreichend die Notwendigkeit einer europäischen Alternative. Deswegen muss eine Strategie aufgestellt werden, welche mit dem »Euroliberalismus« bricht und Mittel für eine andere Politik frei setzt. Es geht in hier nicht um das Programm, sondern um die Mittel der Umsetzung.

## Sich von dem Griff der Finanzmärkte befreien

Kurzfristig müsste eine der ersten Maßnahmen einer linken Regierung sein, einen Weg zu finden, mit dem das Haushaltsdefizit unabhängig von den Finanzmärkten finanziert wird. Das erlauben die europäischen Regeln nicht, und es wäre der erste Bruch, der durchzuführen wäre.

Es gibt ein großes Spektrum an möglichen Maßnahmen, die nicht neu sind und die früher in unterschiedlichen europäischen Ländern durchgeführt wurden: eine Zwangsanleihe bei den reichsten Haushalten; das Verbot, Kredite bei Devisenausländern aufzunehmen; eine Verpflichtung von Banken, eine bestimmte Quote an Staatsanleihen aufzunehmen; eine Steuer auf internationale Dividendentransfers sowie auf Kapitaltransfer usw.; und selbstverständlich eine radikale Steuerreform.

Der einfachste Weg wäre, dass die nationale Zentralbank den öffentlichen Haushalt finanziert, wie es in den USA, in Großbritannien, Japan usw. gemacht

wird. Es wäre möglich, eine besondere Bank ins Leben zu rufen, welche sich gegenüber der Zentralbank refinanzieren darf, welche aber als Hauptfunktion den Kauf öffentlicher Anleihen hätte (etwas, was die EZB bereits gemacht hat).

Natürlich ist das nicht wirklich eine technische Frage. Es wäre ein politischer Bruch mit den bisher geltenden Regeln in Europa. Ohne einen solchen Bruch wäre jegliche Politik, die nicht »die Finanzmärkte beruhigen« würde, sofort blockiert durch einen Anstieg der Kosten für die Finanzierung der öffentlichen Schulden.

Dieses erste Paket von Sofortmaßnahmen würde jedoch nicht die bereits angehäuften Last von Schulden und der Zinsen auf diese Schulden reduzieren. Die Alternative sieht folgendermaßen aus: entweder weiter andauernde Austerität oder ein sofortiges Moratorium auf die öffentlichen Schulden.

Nach einem solchen Moratorium sollte ein öffentliches Audit organisiert werden, um die illegitimen Schulden herauszufinden – was vor allem vier Bereiche betreffen würde:

- die »Steuerergeschenke« zugunsten der reichsten Haushalte, der großen Firmen und der »Rentiers«;
- die »illegalen« Steuerprivilegien: Steuerflucht, Steueroptimierung, Steueroasen und Amnestien für Steuerflüchtlinge;
- die Bankenrettungsaktionen seit Ausbruch der Krise;
- die Schulden, die per Schneeballeffekt aus den Schulden selbst entstanden sind durch die Differenz zwischen der Höhe der Zinsen und der Wachstumsraten des BIP, weil letztere infolge der neoliberalen Kürzungspolitik und der Arbeitslosigkeit stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Auf ein solches Audit muss ein Austausch der Schuldtitel folgen mit dem Ergebnis, dass ein Großteil der Schulden annulliert wird. Das wäre der zweite Bruch.

Die öffentlichen Schulden sind aber auch eng verwoben mit der Bilanz der privaten Banken. Darum sind die sogenannten Rettungsaktionen für die Staaten in der Regel Bankenrettungsaktionen. Also ist ein dritter Bruch mit der neoliberalen Ordnung erforderlich: internationale Kapitalverkehrskontrolle, Kontrolle über das Kreditwesen und Sozialisierung der Banken. Das ist der einzige vernünftige Weg, um das Geflecht der Schulden zu entwirren. Immerhin war das die Option, die in Schweden in den 1990er Jahren gewählt wurde (auch wenn die Banken später wieder privatisiert wurden). – Das sind die Mittel für eine echte soziale Transformation. Aber wie kommen wir dahin?

## Eine linke Regierung ist notwendig

Diese drei bedeutenden und notwendigen Brüche, um erfolgreich Widerstand

gegen eine finanzpolitische Erpressung zu leisten, können nur von einer linken Regierung zu einem guten Ende gebracht werden. Obwohl die sozialen und politischen Bedingungen für eine abgestimmte Strategie des Kampfes für eine solche Regierung von Land zu Land sehr unterschiedlich sind, richtete sich im Sommer 2012 in ganz Europa alles Augenmerk auf die Aussichten von Syriza (dem Bündnis der Radikalen Linken), die Wahlen zu gewinnen und damit das Rückgrat für eine solche Regierung in Griechenland zu bilden.

Seit dieser Zeit führt Syriza eine Kampagne mit den grundlegenden Themen, die wir in diesem Manifest entwickeln: Eine Regierung der linken Kräfte ist ein Bündnis für die Aufkündigung der Memoranda der Troika und die Umstrukturierung der Schulden, so dass Löhne, Renten, Öffentliche Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialversicherung geschützt werden könnten.

## Für eine Strategie des unilateralen Bruchs und Ausbaus

Die fortschrittlichen Lösungen stehen im Gegensatz zu dem neoliberalen Projekt verallgemeinerten Wettbewerbs. Sie sind von Grund auf kooperativ angelegt und funktionieren umso besser, auf je mehr Länder sie ausgedehnt werden. Wenn beispielsweise alle europäischen Länder die Arbeitszeit reduzieren und eine einheitliche Kapitalertragssteuer erheben würden, könnte eine solche Koordinierung den Gegenschlag vermeiden, den genau diese Politik erleiden würde, wenn sie in einem einzigen Land umgesetzt würde.

Um diesen kooperativen Weg einzuschlagen, muss eine Regierung der linken Kräfte eine unilaterale Strategie verfolgen:

- Die »geeigneten Maßnahmen« werden unilateral getroffen, wie beispielsweise die Ablehnung der Austeritätspolitik oder die Besteuerung von Finanztransaktionen.
- Sie müssten einhergehen mit Schutzmaßnahmen wie beispielsweise die Kontrolle der Kapitalmärkte.
- Die Durchführung einer Politik, die auf nationaler Ebene nicht im Einklang mit den europäischen Bestimmungen steht, stellt ein politisches Risiko dar, das zu beachten ist.

Die Antwort dazu besteht in einer Logik der Erweiterung, damit solche Maßnahmen wie beispielsweise fiskalpolitische Impulse oder die Finanztransaktionssteuer von anderen Mitgliedstaaten angenommen werden.

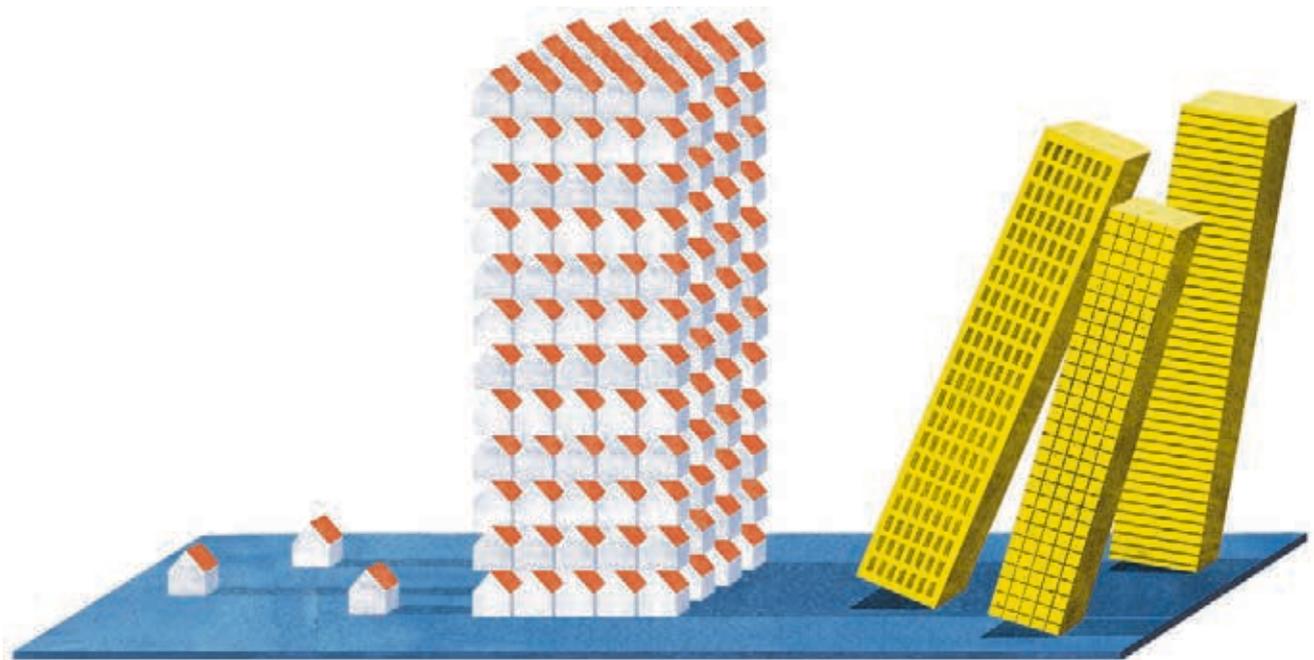
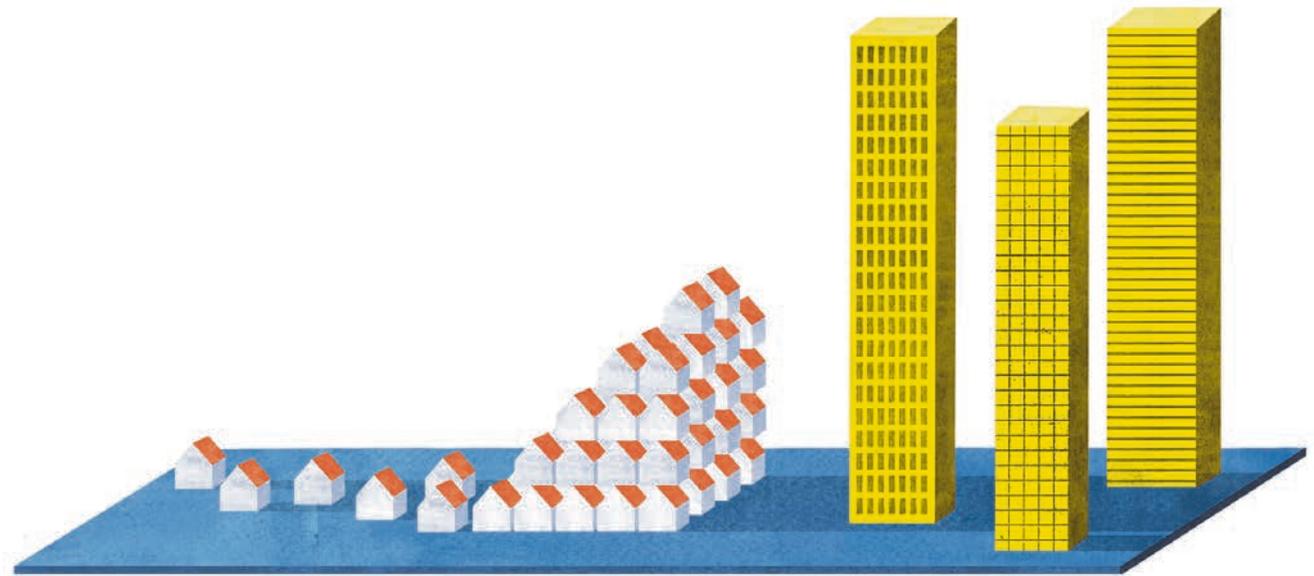
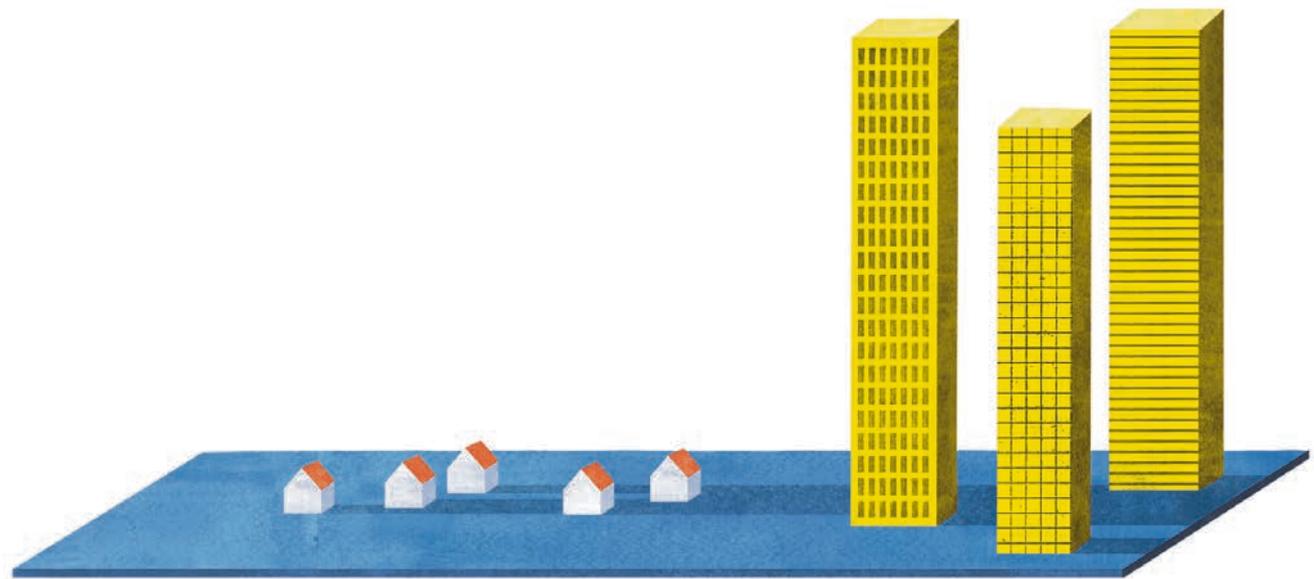
Die politische Konfrontation mit der EU und den herrschenden Klassen anderer Staaten, insbesondere der deutschen Regierung, kann jedoch nicht vermieden werden, und die Drohung eines Verlassens des Euroraums darf nicht a priori von möglichen Optionen ausgeschlossen werden.

Dieses strategische Schema erkennt an, dass die *Neugründung Europas nicht eine Vorbedingung für die Umsetzung einer alternativen Politik sein darf*. Die möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen eine linke Regierung müssen von Gegenmaßnahmen neutralisiert werden, die in der Tat einen Rückgriff auf protektionistische Systeme implizieren. Doch diese Orientierung ist nicht im üblichen Sinne des Wortes protektionistisch, denn sie schützt einen sozialen Transformationsprozess, den die Bevölkerung mit trägt, und nicht die Interessen des nationalen Kapitals, das sich im Wettbewerb mit anderen Kapitalinteressen befindet.

Es handelt sich also um einen »Erweiterungsprotektionismus«, der obsolet wird, sobald die sozialen Maßnahmen für Arbeitsplätze und gegen die Austeritätspolitik sich quer durch Europa durchgesetzt haben.

Der Bruch mit den Bestimmungen der Europäischen Union ist keine Prinzipienfrage, sondern stützt sich auf der Legitimität von gerechten und effizienten Maßnahmen, die den Interessen der Mehrheit entsprechen und ebenso den Nachbarländern vorgeschlagen werden. Diese strategische Orientierung kann durch die soziale Mobilisierung in den anderen Ländern verstärkt werden und sich schließlich auf ein Kräfteverhältnis stützen, das in der Lage ist, die Institutionen der EU in Frage zu stellen. Die jüngste Erfahrung mit den neoliberalen Rettungsschirmen der EZB und der Europäischen Kommission zeigt, dass es absolut möglich ist, eine Reihe von Bestimmungen der EU-Verträge zu umgehen, und dass die europäischen Behörden nicht gezögert haben, dies auf Geheiß und Verderb zu tun. Daher fordern wir das Recht auf Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, inklusive der Einrichtung einer Kapitalverkehrskontrolle und jeglichen Systems, das geeignet ist, um Löhne und Renten zu sichern. In diesem Rahmen wäre das Verlassen des Euroraums eine Drohung oder ein allerletzter Ausweg.

Diese Strategie stützt sich auf die Legitimität der fortschrittlichen Lösungen, die aus ihrem Klassencharakter erwächst. Es handelt sich hier also um eine auf Kooperation bauende Strategie des Bruchs mit dem aktuellen Rahmen der EU, dies im Namen eines anderen Entwicklungsmodells, das auf einer neuen Architektur für Europa beruht: ein erweiterter europäischer Haushalt auf der Grundlage einer gemeinsamen Kapitalsteuer, der Harmonisierungsfonds und sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen finanziert. Eine an den Interessen der Bevölkerungsmehrheiten orientierte Strategie einer linken Regierung muss für diesen demokratischen Kampf alles tun, was erforderlich ist.



# Ein mediterraner Block? Südeuropa sucht einen Ausweg

Von Armando Fernández Steinko



**Armando Fernández Steinko** lehrt – von links und kritisch – Soziologie an der Universidad Complutense in Madrid, Spanien. Er arbeitet in der Fundación de Investigaciones Marxistas mit, der Partnerorganisation von Transform! und der RLS, und ist Mitglied der Izquierda Unida. Sein Blog heißt *Piensa y Actúa*.

Foto: privat

Übersetzung: Raul Zelik

Spanien gehört neben Portugal, Griechenland, Italien und Irland zu den von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Ländern, den sogenannten PIIGS. Ihre politischen, wirtschaftlichen und Sozialsysteme sind einem Strukturwandel unterworfen, dessen Ergebnis noch nicht absehbar ist. Während Irland als Sonderfall gelten kann, besitzen die anderen vier Länder viele Gemeinsamkeiten und haben ähnliche historische Entwicklungen durchlaufen. Nichtsdestotrotz gelten für Italien einige Besonderheiten: Das Land verfügt als Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) über eine größere Verhandlungsmacht als die anderen südeuropäischen Staaten. Seine wirtschaftliche, politische und institutionelle Modernisierung fand über drei Jahrzehnte innerhalb eines regulierten Kapitalismus statt und war über zwei Generationen in politische und Sozialpakete eingebettet. Dieser Sozialpakt beinhaltete ein System politischer Freiheiten und individueller Rechte, ein (minimales) Gleichgewicht der Interessen von Kapital und Arbeit und die Umleitung von einem Teil der Produktivitätszuwächse in die Ausdehnung des Binnenmarktes und die Erhöhung des Konsumniveaus der Bevölkerung. Der Pakt beruhte des Weiteren auf einer Angleichung der Lebensbedingungen innerhalb Italiens durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen (steuerfinanzierte Verkehrswege, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen usw.) sowie auf der Schaffung von Industrien und Dienstleistungssektoren, die in der Lage waren, die durch die schrittweise und regulierte Auflösung der traditionellen Sektoren freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren. Von dieser Politik hat v.a. die Landbevölkerung profitiert, die im Rahmen der europäischen Agrarpolitik in den Genuss dauerhafter Ressourcentransfers kam, was eine »Anpassung des Lebensniveaus« ermöglichte (vgl. Art. 39.1.b des Vertrags von Rom). Die schrittweise Öffnung gegenüber den Weltmärkten ermöglichte das Entstehen eines dynamischen und innovativen Exportsektors, der sich dank der chronisch unterbewerteten Lira und einer auch von anderen Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft (wie Frankreich und Deutschland) verfolgten Handelspolitik in den Jahrzehnten des »regulierten Kapitalismus« weiter entfalten konnte. Diese Exportkapazität sorgte dafür, dass die Zahlungsbilanz Italiens über viele Jahrzehnte und selbst nach der Krise 2008 ausgeglichen blieb. Und das obwohl die öffentlichen Schulden in Italien heute bei 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Die kapitalistische Modernisierung in Portugal, Griechenland und Spanien (von

nun an PGS) nahm andere Bahnen. Die drei Länder durchliefen einen Prozess des nachholenden Fordismus und kamen nicht in den Genuss jener Pakte, die den Kapitalismus nach 1945 einhegten. Als sie der EG beitraten (Griechenland 1981, Portugal und Spanien 1986), verloren diese Pakte selbst in den Gründungsstaaten an Bedeutung, und mit den Verträgen von Maastricht beschleunigte sich die Kehrtwende auf dem ganzen Kontinent. Der verspätete Zugang zu einem eingehegten Kapitalismus, d.h. zu einem Zeitpunkt, als die Regulation in der gesamten westlichen Welt aufgekündigt wurde, trieb die für den EG-Beitritt zu zahlenden gesellschaftlichen und ökonomischen Kosten in die Höhe.

## In Richtung eines mediterranen Blocks?

Wegen dieser historischen Entwicklung befinden sich die PGS in der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Konjunktur in einer ähnlichen Situation. Der Verfall ihrer Sozialsysteme könnte im Prinzip dazu führen, dass sich neue, der Austeritätspolitik entgegen gesetzte Mehrheiten bilden. Es ist allerdings ausgesprochen unwahrscheinlich, dass sich die drei Länder dieser Politik einzeln mit Erfolg widersetzen können. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, einen gemeinsamen Block zu bilden. Dieser Block könnte das notwendige politische und wirtschaftliche Gewicht erlangen, um eine Abkehr von der Austeritätspolitik zu erzwingen, die Zahlung der Schulden an das Wirtschaftswachstum zu koppeln und öffentliche Investitionsprogramme zur Schaffung von Beschäftigung im Rahmen einer sozialen und ökologischen Konversion in Gang zu setzen. Für den Fall, dass es nicht zu einem Abkommen mit den großen Exportnationen kommt und die Austeritätspolitik weiter fortgesetzt wird, hätte nur ein Block der Staaten im Süden eine realistische Aussicht, außerhalb der heutigen EU zu bestehen. Genauer gesagt: ein europäisch-mediterraner Block.

- 1 Er würde seine Mitgliedsländer aufgrund des Volumens seiner Auslandsschulden in eine viel bessere Verhandlungsposition bringen. Die Drohung eines Zahlungsstopps könnte das europäische und globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds bringen. Dieses Szenario würde hohe Kosten für die Gläubiger der zentralen Staaten noch gefährlicher, weshalb diese ein derartiges Risiko vermutlich vermeiden würden.
- 2 Die vereinten PGS hätten mehr Kraft, eine internationale Gläubigerkonferenz zu erzwingen, wie es sie 1953 in

London gab. Damals wurden in einem multilateralen Abkommen die Zahlungen der von Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich angehäuften Auslandsschulden an das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Bundesrepublik gekoppelt. Dieses Zugeständnis war keinem plötzlichen Ausbruch von Menschlichkeit bei den Westmächten geschuldet, sondern hatte damit zu tun, dass West-Deutschland nach 1945 aufgrund der neuen Militärstrategie gegenüber dem sozialistischen Lager eine zentrale Bedeutung erlangt hatte. Das deutsche Argument lautete, dass es seinen militärischen Verpflichtungen ohne eine Neuverhandlung der Schulden nicht würde nachkommen können und dass eine wirtschaftlich schwache, am Boden liegende Bundesrepublik das Image des Kapitalismus zum Schaden des gesamten westlichen Lagers in Mitleidenschaft ziehen könnte. Das deutsche »Wirtschaftswunder« wäre ohne diese Konferenz unmöglich gewesen, bei der die BRD Auslandsschulden in Höhe von etwa 14,6 Milliarden Mark erlassen bekam. Die PGS werden heute einzeln niemals die nötige Kraft entfalten, um wie die Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg eine derartige Konferenz durchzusetzen. Da sie jedoch für das atlantische Bündnis zentrale geostrategische Positionen innehaben, könnte ihr Zusammenschluss eine ähnliche Wirkung besitzen wie die Existenz der sozialistischen Staaten in den 1950er Jahren.

- 3 Deutschland, die neue europäische Hegemonialmacht, ist dazu verdammt, sein Währungssystem weiterhin an die schwächsten Ökonomien des Südens zu binden, um den Euro zugunsten der eigenen Exporte abzuwerten, die Rückzahlung der Kredite zu garantieren und eine aufgrund des Ansteckungseffekts drohende Implosion der Euro-Zone zu verhindern: Deutschland benötigt die PGS. Wenn diese sich zusammenschließen und eine gemeinsame Strategie entwickelten, könnten sie mit der Schaffung einer eigenen Währung drohen: dem *Euronorte*. Dieser Schritt hätte positive und negative Auswirkungen, die gründlich einzuschätzen wären. Auf jeden Fall wären nachteilige Effekte im Block leichter zu bewältigen als getrennt. Ein solcher Bruch würde in jedem Fall dazu führen, dass die heute von Deutschland verfolgte Exportstrategie wegen der schnellen Aufwertung eines hypothetischen *Euronorte* an ihr Ende käme. Dies würde in Deutschland den gesellschaftlichen Konsens, wie er von Teilen der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialdemokratie und den Grünen mitgetragen wird, zum Zerschellen bringen. Es ist wahrscheinlich, dass die

In Portugal, Spanien und Griechenland könnten sich neue Mehrheiten gegen die Austeritätspolitik bilden.

deutschen Eliten zur Vermeidung eines solchen Szenarios die nötigen Ressourcen, wenn auch keinen Euro mehr, zur Verfügung stellen würden.

4 Nichtsdestotrotz wäre es ein Irrtum zu glauben, dass diese Situation – so sehr der Norden den Süden auch benötigt – den Süden ökonomisch besser stellen würde. Tatsächlich droht der Süden in eine sozial unerträgliche Lage abzurutschen. In der aktuellen Lage ist es zumindest ausgesprochen unwahrscheinlich, dass Deutschland oder andere Exportnationen Ressourcen zur Verfügung stellen würden, damit die PGS eine eigenständige produktive Basis entwickeln könnten, um den politischen und sozialen Konsens ihrer jungen Demokratien nachhaltig zu finanzieren. Die einzige Hoffnung bestünde darin, die Kräfteverhältnisse in Europa zu verschieben. Für eine solidarische Politik müssten dann eine neue europäische Arbeitsteilung definiert, geldpolitische Mittel für eine schrittweise Annäherung der Produktivität festgelegt und die heute die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten regulierenden Grundregeln einer Prüfung unterzogen werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass es dazu kommt, ohne dass die wichtigsten Nutznießer eines solchen Politikwechsels – die PGS – die dafür notwendige Verhandlungsmacht erlangen.

5 Nur wenn einige Grundpfeiler dessen, was wir als »atlantisches Projekt« (siehe unten) bezeichnen, in Frage gestellt werden, besteht die Möglichkeit eines alternativen Produktionsmodells. In den PGS, nicht aber im Rest der EU-Staaten, verlieren die Parteien des atlantischen Konsenses zurzeit massiv an Unterstützung. Diese Parallelität der Entwicklung im Süden ermöglicht ein gemeinsames politisches

Handeln. Die nach den Wahlen im Februar 2013 in Italien geschaffene Situation deutet ebenfalls in diese Richtung.

6 Abgesehen von der strategischen Bedeutung des Mittelmeerraums können die PGS ihre privilegierten Beziehungen nach Lateinamerika (Portugal und Spanien) und zur arabischen Welt und Russland (Griechenland) als Faustpfand einsetzen. Auch dies kann aber nur in Absprache untereinander geschehen.

#### Das Problem der Asymmetrie

Die Eliten Portugals, Spaniens und Griechenlands waren in den vergangenen 30 Jahren dem atlantischen Projekt verpflichtet. Seit dem Ausbruch der Krise 2008 – und schon zuvor – haben sie immer wieder den Beweis erbracht, dass sie den Interessen einer Minderheit Vorrang einräumen, und damit den Konsens der demokratischen Transition faktisch aufgekündigt. Ihre Politik zielt nicht darauf, die Gesellschaften gegenüber den großen europäischen Exporteuren und den Vermögensbourgeoisien des Planeten zu schützen, sondern die Interessen des Kapitals noch rücksichtsloser als bisher durchzusetzen – und zwar sowohl nach innen (Umwidmung öffentlicher Mittel zur Sanierung von Banken ohne politische Gegenleistung, deflationäre Politik bei Preisen und Löhnen, »interne Abwertung« usw.) als auch nach außen (Erhöhung der Handelsaggressivität, Begünstigung multinationaler Unternehmen, latente Währungskriege usw.). Ihr erklärtes Ziel ist es, diese Politik anderen Staaten, die dadurch noch verwundbarer sind als man selbst, aufzuzwingen. Die deutsche Politik der vergangenen 15 Jahre wird reproduziert: auf Kosten des Nachbarn Arbeitsplätze schaffen und die politische Legitimität der eigenen Regie-

rung stärken. Diese Dynamik bringt die beiden angreifbarsten Ökonomien des Südens (Portugal und Griechenland mit ihren 22 Millionen Einwohnern) in eine besonders komplizierte Lage und erschwert die Aussicht, dass das größere Spanien (mit seinen 47 Millionen Einwohnern) Teil eines Solidarblocks im Süden werden könnte. Spanien ist in vielen Bereichen ein direkter Konkurrent beider Länder und verfügt über ein größeres wirtschaftliches Potenzial als diese, was die Hoffnung weckt, das deutsche Modell auf Kosten kleinerer und schwächerer Länder wie Portugal und Griechenland umsetzen zu können (der Fall Italien ist dem Spaniens in dieser Hinsicht ähnlich). Aber Spanien fehlen einige Voraussetzungen, um den deutschen Weg kopieren zu können:

- 1 Es verfügt über wenig Zeit. Die Arbeitslosigkeit könnte in wenigen Monaten über 27 Prozent steigen, und es wird, nicht zuletzt wegen der Korruptionsskandale der konservativen Regierungspartei, über den Ausbruch unkontrollierbarer sozialer Unruhen spekuliert.
- 2 Mehrere lateinamerikanische Regierungen verteidigen heute die Interessen ihrer Bevölkerungen und haben den aggressiven Strategien spanischer Multis in Lateinamerika deshalb Grenzen gesetzt. Dies führt zu einer Verringerung der Gewinntransfers durch die auf dem Kontinent tätigen spanischen Multis an ihre Firmenzentralen sowie zu einem Verfall ihrer Börsennotierungen.
- 3 Die Erschließung alternativer Märkte in Indien, China oder den Golfstaaten hat zu einer Erholung der spanischen Leistungsbilanz geführt. Diese Erholung ist jedoch weniger einer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit als dem Zusammenbruch der Binnennachfrage

ANZEIGE

## ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AKTUELLE PUBLIKATIONEN



### LUXEMBURG 3/4 2013

Gesellschaftsanalyse und linke Praxis

Die Kampfzone ausweiten

Mit Beiträgen von Rodrigo Nunes | Corinna Trogisch | Lena Ziyal | Assef Bayat | Sarah Bormann | Andrew Herod | Göran Therborn | Nicole Mayer-Ahuja | Michael Vester u. a.  
www.zeitschrift-luxemburg.de



### LINKE STRATEGIEN IN DER EUROKRISE

Eine Übersicht einschließlich einer kommentierten Synopse der europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE

Analyse von Mario Candeias, ISSN 2194-2951  
Download unter: www.rosalux.de/publication/39479



### LINKE PARTEIEN IN EUROPA

Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014

Studie von Thilo Janssen, ISSN 2194-2242  
Download unter: www.rosalux.de/publication/39751



### DIE EUROPAPOLITIK DES DEUTSCHEN MACHTBLOCKS

UND IHRE WIDERSPRÜCHE Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise

Studie von Frederic Heine, Thomas Sablowski, ISSN 2194-2242  
Download unter: www.rosalux.de/publication/39834

BESTELLUNG VON ANALYSEN UND STUDIEN  
TEL. 030 44310-123,  
BESTELLUNG@ROSALUX.DE

**Ein mediterraner Block?  
Südeuropa sucht einen Ausweg**  
Von Armando Fernández Steinko

- geschuldet. So hat die Steigerung der Exporte keine neue Beschäftigung geschaffen, und es ist unwahrscheinlich, dass den spanischen Unternehmen dies in der Zukunft auf ähnliche Weise gelingen könnte wie den deutschen Firmen: Das aggressiv exportorientierte Modell hat seine Grenzen.
- 4 Die Sozial-, Umwelt- und stadtplanerischen Standards sind in Spanien bereits sehr niedrig, so dass deren Absenkung – wie sie von der PP-Regierung vorgeschlagen wird – kaum zu einem neuen, vom Immobiliensektor getragenen Wachstumszyklus führen kann. Beschäftigungseffekte, wie sie sich ab 1997 ergaben, sind daher ebenfalls unwahrscheinlich.
  - 5 Die Krise verschärft auch das Problem der innerstaatlichen Verfasstheit Spaniens. In mehreren reichen Regionen wie Katalonien wächst die Unterstützung verarmter Mittelschichten für das Selbstbestimmungsrecht. Dass die Regierungen in Anbetracht einer derartigen Situation die soziale Lage zur

Durchsetzung eines deutschen Modells weiter verschärfen können, ist eher unwahrscheinlich. Der politische Handlungsspielraum für unpopuläre Maßnahmen ist begrenzt.

Vor diesem Hintergrund gibt es Argumente dafür, dass Spanien als bevölkerungs- und ressourcenreichstes der drei Länder ebenfalls ein strategisches Interesse an einem mediterranen Block haben könnte, um einen Politikwechsel in Brüssel bzw. Berlin zu erzwingen. Wenn dieser Block zustande käme, könnte auch die öffentliche Meinung in Italien zugunsten eines *Eurosür* kippen (Italien ist eine Exportnation, deren Konkurrenzfähigkeit durch eine Abwertung der Währung unmittelbar steigen würde). Die vor allem von Frankreich wahrgenommene Gefahr, dass diese Situation zu einem Alleingang Deutschlands in Europa führen würde, ist hingegen kalkulierbar. Ein deutscher Alleingang, der zu einer Aufkündigung der europäischen Charta und zu einer ausschließlichen Orientierung an den Märkten der Schwellenländer

führen würde, ist im Land selbst kaum konsensfähig: Die deutsche Vergangenheit wiegt zu schwer und die Ungewissheiten eines solchen Abenteuers sind zu groß.

Damit dieser Vorschlag nicht bloßer Voluntarismus bleibt, müsste man zeigen, dass die drei Länder im Süden ähnliche Entwicklungen hinter sich haben und mit gemeinsamen Problemen konfrontiert sind, die sich im Block besser oder realistischer bewältigen ließen. Die zentrale Frage lautet in diesem Sinne nicht, ob man aus dem Euro austreten soll oder was mit den Schulden geschieht. Die Angelegenheit ist grundlegender – was den Währungs- und Finanzproblemen allerdings nichts von ihrer Dramatik nimmt. Es wird darum gehen, wie, mit was und mit wem eine Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur geschaffen werden kann, die eine gerechte, demokratische und nachhaltige soziale und politische Ordnung dauerhaft finanzieren könnte. Dafür gilt es gemeinsame Praxen zu entwickeln.



# Liste Tsipras. Um die Zersplitterung zu überwinden

Von Fabio Amato

Die italienische Linke ist scheinbar hoffnungslos zersplittert und als parlamentarische Linke seit dem letzten Jahren praktisch verschwunden – mit Ausnahme der Sinistra ecologia e libertà (SEL, die Linke für Ökologie und Freiheit), die als Koalitionspartner der Mitte-Links-Regierung für die neoliberalen Kürzungspolitiken im Zuge der Krise mitverantwortlich gemacht wird. Hoffnung macht nun der Versuch, die nationalen Probleme einer Fragmentierung der Linken mit einer ausdrücklich europäischen Perspektive zu überwinden: der Aufstellung einer »Liste Tsipras« gegen die Austritt bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

## Krise und Antipolitik

Was ist der Hintergrund? Sieben Jahre wirtschaftlicher Rezession, eine Verdopplung der Arbeitslosigkeit auf jetzt offiziell 13 Prozent (aber in Wirklichkeit viel höher), die Jugendarbeitslosigkeit über 40 Prozent, das Prekariat immer prekärer, die Reichen immer reicher und eine soziale Ungleichheit wie nur in wenigen anderen Teilen Europas – dies ist das Ergebnis der Umsetzung eines Programms von sozialen Anti-Reformen in Italien, die den ohnehin schon fragilen Sozialstaat zusätzlich geschwächt haben, mit Kürzungen im Rentensystem, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und in den Kommunen. Maßnahmen, die parteiübergreifend vom sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) und Berlusconi's Mitte-Rechts-Bündnis verabschiedet wurden.

Vorhersehbar war: diese Anti-Reformen haben die hohe Staatsverschuldung des Landes nicht gesenkt, sondern im Gegenteil auf einen Wert von 132 Prozent des BIP angewachsen lassen. Seit Jahren macht die Bedienung der Zinsen den größten Posten des Staatshaushalts aus. Sein Anwachsen ist die Konsequenz der Zinsentwicklung, der Schrumpfung des BIP und des ausbleibenden Wachstums. Und doch gibt es in der öffentlichen Debatte kaum Auseinandersetzung darüber, wie einer Alternative zu den Kürzungspolitiken und zum neoliberalen Modell aussehen könnte, welche Positionen zur Funktion und Rolle der EU, zur Einheitswährung oder zur Verschuldung sinnvoll wären. Die Diskussion dreht sich nach wie vor um die Person Berlusconi, der inzwischen in letzter Instanz verurteilt wurde, und um die Reform des Wahlgesetzes. Die dominierenden Kräfte, die sich in den Talkshows beschimpfen, segnen im politischen Alltag gemeinsam die Umsetzung der Vorgaben der EZB und die Durchsetzung der Kürzungspolitik ab. Gemeinsam stimmten sie für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung und für den berüchtigten Fiskalpakt, der Italien und die anderen Länder Südeuropas zu immer neuen Einschnitten verurteilt, deren einziger Effekt es ist, die Krisenlasten auf den Sozialsektor abzuwälzen, die Arbeitslosigkeit anschwellen, die schwache Binnennachfrage weiter schrumpfen zu

lassen und weitere Jahre wirtschaftlichen Abschwungs zu begünstigen. Gerade in diesen Tagen beschließt die Regierung weitere Privatisierungen, wie die der Post.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass Pepe Grillos Populismus seinen Masseneinfluss behauptet. Seine Reden gegen die politische Kaste fallen angesichts ihres politischen Spektakels auf fruchtbaren Boden. Eine Mehrheit der ItalienerInnen glaubt, dass man durch die Reduzierung der Politikergehälter und der öffentlichen Parteienfinanzierung (vor wenigen Monaten als Ergebnis einer Initiative Grillos abgesenkt), sei das Hauptübel der Krise. Die sich verbreitende Antipolitik von Berlusconi bis Grillo zerstört die demokratische Kultur. Die Entwicklung geht in Richtung fragwürdiger Mehrheitswahlgesetze, zu Parteien, die immer mehr ihren Charakter als politische Organisationen verlieren und von charismatischen Führungspersonalitäten abhängig werden, dem Auf und Ab der öffentlichen Meinung und deren Auswirkungen auf die Umfragewerte hinterher heischend. Italien hat sich am stärksten der US-amerikanischen Mediendemokratie angenähert. In dieses Bild muss auch der Bedeutungsverlust anderer gesellschaftlicher Organisationen eingeordnet werden, des kritischen Journalismus wie der Gewerkschaften. Anders als in Griechenland, Spanien oder Portugal vermochten es die Gewerkschaften Italiens nicht auf die Krise mit einer starken Reaktion zu antworten. Es bleibt bei sporadischen Wutausbrüchen der Bevölkerung, denen aber eine organisatorische und politische Perspektive fehlt. Ursächlich ist auch das Ausscheiden der linken

Alternative aus dem Parlament, der einzigen Kraft, die versuchte die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda zu stellen. Dieser kurze Überblick über die politische Situation soll verständlich machen, vor welchem Hintergrund die inner-linken Debatten im Vorfeld der Europawahlen geführt werden. Eine Debatte, die mit der Nominierung von Alexis Tsipras zum Spitzenkandidat der Europäischen Linken (für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission) neu belebt wird.

## Gegen die Zersplitterung

Eine Reihe von Intellektuellen verschiedener Schattierungen, der marxistischen wie der liberalen Linken, haben einen Aufruf zur Bildung eines Wahlbündnisses zur Unterstützung dieser Kandidatur verfasst. Im Namen einer Verteidigung der europäischen Idee, einer Kritik an den neoliberalen Kürzungspolitiken und dem Finanzpakt. Unter ihnen finden sich berühmte Intellektuelle und Künstler wie Barbara Spinelli und Andrea Camilleri. Ein positives Zeichen, auch wenn der Aufruf selbst die vorherrschende antipolitischen Kultur zu bedienen droht, indem er nur Wissenschaftler, Philosophen, Künstler und allgemein an die Zivilgesellschaft anruft, sich von den Parteien – auch der Europäischen Linkspartei EL – abgrenzt und jeden Bezug auf die sozialen Opfer der Krise vermissen lässt. Dennoch öffnet das Signal der Nominierung von Tsipras durch die EL Möglichkeiten für eine Überwindung der Spaltungen innerhalb der parteiförmigen Linken wie zwischen Intellektuellen, Zivilgesellschaft und Linksparteien.



Fabio Amato ist Mitglied des Nationalen Sekretariats der Rifondazione Comunista.

Foto: privat

Übersetzung: Bodo Acker

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.)  
**Migration und Arbeit in Europa**

Soeben erschienen

Zu den ganz unterschiedlichen Gründen für die verstärkte Migration aus Süd- und Osteuropa und über die inakzeptablen Arbeits- und Lebensbedingungen der MigrantInnen, die Funktion von Migration für den EU-Binnenmarkt und ihre Auswirkungen.

229 Seiten | € 14,90



Andreas Wehr  
**Der europäische Traum und die Wirklichkeit**  
Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen

»Europa« als machtpolitische Antwort auf den als bedrohlich empfundenen Aufstieg der Schwellenländer – dies ist die Botschaft namhafter Intellektueller. Dabei werden über die Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität soziale und demokratische Rechte leichtfertig zur Disposition gestellt.

155 Seiten | € 12,90

Tel.: (0221) 448545 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Liste Tsipras.  
Um die Zersplitterung zu  
überwinden  
Von Fabio Amato

Die Rifondazione Comunista hat sich sofort zur Bildung eines breitmöglichsten Wahlbündnisses und einer Sammlungsbewegung bereit erklärt, auf der Basis des Programms der EL und der Unterstützung der Kandidatur von Alexis Tsipras. Es kommt jetzt darauf an, alle Hindernisse und Fallstricke aus den Weg zu räumen und in einem demokratischen Prozess, ausgehend von der Basis und der Verankerung in der Bevölkerung, alle jene Kräfte einzubeziehen, die die politischen Ziele einer Linken Liste gegen die Austerität mitzutragen bereit sind, seien es nun organisierte Kräfte oder Einzelpersonen, Bewegungen oder Initiativen – im gegenseitigen Respekt. Der Name Tsipras symbolisiert bereits eine Haltung. Nun geht es darum, der Liste eine klare und bestimmte Ausrichtung und Inhalte zu verleihen: Antineoliberal, im Kampf gegen die neoliberalen Kürzungspolitiken, in der Kritik an den undemokratischen und autoritär-technokratischen Machtmechanismen in der EU, an ihren neoliberalen Fundamenten, kapitalismuskritische.

Sinistra ecologia e libertà, wichtiger potenzieller Partner eines solchen Wahlbündnisses, ist dabei in einer schwierigen Situation. Die Partei hatte sich vor einiger Zeit für eine strategische Allianz mit der sozialdemokratischen Partito Democratico und der Einbeziehung in deren Mitte-Links-Bündnis entschieden. Sie hat offiziell das Aufnahmeverfahren eingeleitet, um Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) zu werden. Sie muss sich nun aber ihrer Basis stellen, die den Schritt, Martin Schultz als Spitzenkandidat zu unterstützen, nicht gut heißt. Und dies vor dem Hintergrund schmerzhaft sinkender Umfragewerte. Die SEL betreibt das Spiel der Ambivalenz und möchte den Raum zwischen Schultz und Tsipras besetzen. Konkret heißt das: im EU-Parlament stimmen sie für Tsipras, treten aber in die europäische Sozialdemokratie ein und behalten ihre Beziehungen zum Partito Democra-

Im »Geist  
der Abspaltung«  
(Antonio Gramsci)  
für ein anderes,  
sozial-ökologisches  
Europa.

tico in Italien bei. Es existiert jedoch kein Raum zwischen Tsipras und Schultz: entweder entscheidet man sich für den Kampf gegen die Austerität und die sie ausführenden Großen Koalitionen, in Italien wie in Deutschland und Europa, oder eben nicht. Die dramatische Situation der Krise erlaubt keine taktischen Manöver. Die Wähler haben wenig Verständnis für Politikerspielchen und nehmen diese als unlautere List wahr. Es bleibt unklar, ob ein breites Bündnis unter Beteiligung der SEL zustande kommen wird.

Eine linke Anti-Austerity-Liste könnte jedoch, wenn sie glaubhaft ist, eine eigene Ausstrahlungskraft entwickeln und Stimmen der Nichtwähler, von Grillo und enttäuschten PD-Wählern zurückgewinnen. Aber dafür muss sie eine klare Alternative vertreten, im »Geist der Abspaltung«, wie Antonio Gramsci dies einst nannte, für ein anderes, sozial-ökologisches Europa.



# Ein lebendiges Netzwerk: Europa und die Neue Linke in Kroatien

Von Stipe Ćurković

Mit dem EU-Beitritt ist am 1. Juli 2013 eine Epoche zu Ende gegangen, in der es in Kroatien vor allem um eines ging: »Wieder Europa werden!« Nationalisten wie antinationalistische Liberale und Sozialdemokraten beriefen sich nach dem Zerfall Jugoslawiens gleichermaßen auf Europa, um Zustimmung für ihre Politik zu erringen. Die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft und das damit verknüpfte Wohlstandsversprechen dienten der Legitimation neoliberaler Strukturreformen und des damit einhergehenden Abbaus sozialer Rechte. Die gemeinsame Erzählung von einer »Rückkehr nach Europa« entpolitisierte die öffentliche Debatte und ließ jede Deregulierung als »administrative Notwendigkeiten« auf dem Weg zur Integration dastehen. Einwände konnten als populistisch fehlgeleitete Gefährdung eines breit geteilten Endziels »Europa« ausgelegt und entkräftet werden.

## Bedingungen linker Kritik

Unter solchen Bedingungen fehlte einer linken Kritik an Neoliberalisierung und kapitalistischer Restauration der gesellschaftliche Resonanzboden. Sogar ihrem Selbstverständnis nach »linke« Intellektuelle und NGOs nahmen erst spät kapitalismuskritische Motive in ihr politisches Repertoire auf. Erst im Zuge der stark links geprägten Studierendenbewegung von 2009, die sich durch wochenlange Fakultätsbesetzungen Gehör verschaffte, begann Neoliberalismuskritik in Teilen der Medien und der Öffentlichkeit eine gewisse Verbreitung zu finden.

Die Studiengebühren – Aufhänger der Proteste – konnten zwar nicht abgeschafft werden. Aus dem Umfeld der Studierendenbewegung ist jedoch ein lebendiges Netzwerk oft explizit kapitalismuskritischer Organisationen und Initiativen entstanden, die Teile der bestehenden NGOs und andere Akteure der Zivilgesellschaft, Journalisten und Intellektuelle maßgeblich beeinflussen. Diese Konstellation wird gemeinhin als die *Neue Kroatische Linke* bezeichnet. Neben der Studierendenbewegung gehörten vor allem Organisationen und Initiativen gegen Gentrifizierung und die Einhegung öffentlichen Raums zum politischen Entstehungskontext dieser Neuen Linken. Viele von ihnen arbeiten inzwischen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und teils feministischen NGOs an der Artikulation einer breiten Plattform gegen die Privatisierungsprojekte der seit Dezember 2011 regierenden sozialdemokratisch-liberalen Koalition. Kooperationen mit Gewerkschaften sind – wegen deren Anfälligkeit für Sozialpartnerschaftsideologie, korporatistische Einbindungsangebote und kurzfristiges Beharren auf sektorspezifischer Interessenpolitik – teils noch fragil. Obwohl drastische Beschneidungen der Arbeitsrechte immer wieder mit Verweis auf Forderungen aus Brüssel und den angestrebten EU-Beitritt legitimiert wurden, verspre-

chen sich viele Gewerkschaftsfunktionäre von der EU-Mitgliedschaft nach wie vor eine generelle Verbesserung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und somit auch der Lebensverhältnisse der eigenen Mitglieder.

Die Auswirkungen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sowie die Perspektive anhaltender Kürzungspolitiken haben den EU-Beitrittsenthusiasmus in den letzten Jahren jedoch erheblich gedämpft. Trotz der massiven Pro-EU-Kampagnen der gesamten politischen Klasse (einschließlich der Opposition), öffentlich-rechtlicher wie privater Medien, der katholischer Kirche, in Den Haag inhaftierter Generäle, großer Nichtregierungsorganisationen, bekannter Intellektueller und Künstler, der Unternehmerverbände und Gewerkschaften ließen sich für das Beitrittsreferendum nur 43,51 Prozent der Wahlberechtigten zum Urnengang motivieren. Diese stimmten jedoch am 22. Januar 2012 mit einer Mehrheit von 66,3 Prozent für den Beitritt.

## EU-Kritik statt Anti-EU-Kurs

Teile der Neuen Linken hatten das Referendum als Gelegenheit genutzt, um in die öffentliche Diskussion einzugreifen. Unter dem umstrittenen Namen »Demokratische Initiative gegen die EU« publizierten sie kritische Analysen und Polemiken, in denen die von offizieller Seite und den Mainstream-Medien verbreiteten Heilsversprechungen mit der real existierenden Europäischen Union konfrontiert wurden. Auch wenn die Reichweite solcher EU-kritischer Argumente auf ein relativ enges Spektrum von Intellektuellen, Journalisten und Aktivisten begrenzt blieb, so hat die Kampagne dieses Umfeld (und einigen kleineren Gewerkschaften) doch nachhaltig beeinflusst.

Erstmals wurde öffentlichkeitswirksam Kritik an antidemokratisch-autoritären Entwicklungen und der neoliberalen Ausrichtung der EU geübt. Auch die in der linksliberalen Öffentlichkeit verbreitete Hoffnung, die EU würde als Bollwerk gegen das erneute Aufkommen eines aggressiven kroatischen Nationalismus dienen, wurden mit Gegenbeispielen aus anderen EU-Mitgliedsländern in Frage gestellt: Von der Mitgliedschaft in einer EU, die ökonomisch von einem Konkurrenzkampf auf dem Binnenmarkt geprägt ist, sei in wirtschaftlich schwächeren Ländern wie Kroatien mittel- bis langfristig eher die Stärkung standortnationalistischer Denkmuster zu erwarten. Gerade die Kombination von lang anhaltender Wirtschaftskrise und Standortnationalismus begünstigte das Umschlagen in politisch explizite nationalistische Projekte mit xenophoben Ausprägungen – dies sollte den Bürgern Kroati-

ens schon aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit der politischen Zerfallsdynamik Jugoslawiens verständlich sein.

Die Neue Linke hatte sich keine Illusionen gemacht, den Ausgang des Beitrittsreferendums relevant zu beeinflussen. Die Überlegungen, gezielt in die öffentliche Diskussion einzugreifen, waren andere: mit dem Versuch, eine EU-Kritik von links zu formulieren, sollte verhindert werden, dass Anti-EU-Positionen von der politischen Rechten vereinnahmt werden. Gleichzeitig ging es darum, den Boden für künftige Auseinandersetzungen zu bereiten, wie sie nach der endgültigen Erschöpfung der EU-Illusionen abzusehen sind.

Das jahrzehntelang beschworene Ziel einer EU-Mitgliedschaft ist seit Sommer dieses Jahres erreicht. Damit fällt »Europa« als konsensstiftendes Fernziel aus dem ideologischen Repertoire. Gesellschaftliche Widersprüche lassen sich nicht mehr so leicht mit Verweis auf vermeintliche automatische Lösungen entschärfen. Gerade haben die EU-Finanzminister die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Kroatien beschlossen. Neue Debatten stehen an.

Für die Linke ist dies eine Chance und eine Gefahr zugleich. Ein ungarisches Szenario mitsamt »kroatischem Orban« ist nicht auszuschließen. Die wachsende Stärke einer organisierten Linken in Slowenien, wie die »Initiative für Demokratischen Sozialismus«, lässt jedoch auch andere Entwicklungen möglich erscheinen. Gleichzeitig steckt die kroatische Linke noch in den Kinderschuhen, hat ernste Schwächen: es fehlt eine Organisationsstruktur, die langfristiges, strategisches Handeln ermöglichen, und die als Gravitationspunkt für Bewegungen und die weitere Öffentlichkeit dienen könnte. Auch fehlt es an plausiblen positiven Gegenentwürfen zur dominanten neoliberalen Krisenbewältigung. Diese müssen, angesichts der neuen Realität einer EU-Mitgliedschaft, in enger Zusammenarbeit mit der europäischen Linken erarbeitet werden. Hier liegt eine Verantwortung von etablierten Kräften wie der Linkspartei in Deutschland für die künftige Entwicklung der Linken in peripheren Ländern wie Kroatien. Sie sind wichtiger Referenzpunkt und Ansprechpartner.



Stipe Ćurković ist Chefredakteur der kroatischen Ausgabe der *Le Monde Diplomatique* und Mitbegründer des Centre for Labour Studies in Zagreb.

Foto: privat

Mit EU-Kritik von links sollte die Vereinnahmung von Anti-EU-Positionen durch die Rechten verhindert werden.

# Drei Aufgaben. Zeit der Monster und der Mutigen

Von Walter Baier



Walter Baier ist Koordinator von Transform! – dem europäischen Stiftungsverbund der EL. [www.transform-network.org](http://www.transform-network.org). Dies ist seine Rede zum 4. EL- Parteitag, Madrid, 13.-15. Dezember 2013.

Foto: EU-EP/Francois Walschaerts

Die bevorstehenden Europaparlamentswahlen sind die erste Gelegenheit, bei der die europäischen Bevölkerungen Gelegenheit haben werden, gleichzeitig und gemeinsam ein politisches Urteil über die Politik zu sprechen, die von Regierungen und Institutionen in der kapitalistischen Krise durchgeführt werden. Dieses Urteil, soviel kann man voraussagen, wird durch tiefe Desillusionierung, Verbitterung und vielfach auch durch Protest gekennzeichnet sein. In einigen Ländern muss man mit einem deutlichen Ansteigen populistischer, nationalistischer, rechtsextremer bis neonazistischer Parteien rechnen. Dieses Phänomen ist nicht einfach Ausdruck einer gesellschaftlichen Pathologie, sondern Konsequenz der Krise und der in ihrem Zeichen europaweit durchgesetzten Austeritätspolitik.

Es ist falsch und manipulativ, wenn die Sozialdemokratie, die in der Vergangenheit Mit- und Hauptverantwortung für die Durchsetzung dieser Politik getragen hat, sich vor den Europaparlamentswahlen, als Schutz vor dem drohenden Wachstum der extremen Rechten präsentieren will.

Viele Untersuchungen zeigen, dass es Massenarbeitslosigkeit, Präkarisierung und Einschränkung des Sozialstaats sind, die Menschen in die Netze der Rechten treiben. Wenn das zutrifft, dann ist in erster Linie erforderlich, diese Zustände und die Politik zu ändern, und dafür steht die Europäische Linke, die Linke der Linken, die radikale Linke oder wie immer wir unsere Parteien nennen.

Aber es gibt noch etwas Anderes, das die bevorstehenden Europaparlaments-

wahlen von denen 2009 unterscheiden könnte. Eine kürzlich publizierte Wahlprognose sagt den in der GUE/NGL zusammengeschlossenen Parteien, den Parteien der Europäischen Linken eine Stärkung im Europaparlament voraus. Man soll gegenüber Wahlprognosen grundsätzlich skeptisch sein. Wahr al-

lerdings ist, dass unsere Linke bei den kürzlich abgehaltenen Wahlen in Tschechien, Deutschland, Luxemburg, Griechenland, Spanien Gewinne erreichen konnte. Die Chance besteht also.

Eine substantielle Stärkung der Linken der Linken im Europaparlament ist möglich. Im Unterschied zu 2009 könnte das Ergebnis der Wahlen nicht nur eine sinkende Wahlbeteiligung und ein einseitige Rechtentwicklung sein. Da gleichzeitig mit einer Schwächung der Grünen und der Liberalen gerechnet wird, könnte eine politische Polarisierung zwischen Rechts und Links bei den Wahlen sichtbar werden. Die politische Landkarte in Europa würde dann anders aussehen, und die Voraussetzungen für den Kampf der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften wären günstiger. Darauf, dass aus dieser Möglichkeit eine Wirklichkeit wird, wollen wir mit Mut und Optimismus hinarbeiten.

Es gibt ein wunderschönes, häufig gebrauchtes Zitat von Antonio Gramsci: Eine Krise ist der Zustand, in dem das Alte abstirbt, aber das Neue noch nicht zur Welt kommen kann. Seltener wird der folgende Satz zitiert: In einer solchen Zeit des Interregnums gibt es viele Gefahren, und es kann zu allen möglichen Krankheitserscheinungen kommen. Eine solche

Krankheitserscheinung ist der Nationalismus. Niemand kann in der heutigen Krise voraussagen, was die Zukunft der europäischen Integration sein wird.

Es ist das Recht, der Bevölkerung jedes Landes demokratisch zu entscheiden, aus dieser Integration auszuschließen. Wir können auch nicht ausschließen, dass der Euro aufgrund der Widersprüche, die innerhalb der herrschenden Eliten bestehen, auseinanderbricht. Nur, lasst mich eines aussprechen. Wir sind auf kein überzeugendes Argument gestoßen, dass ein solches Auseinanderbrechen der europäischen Integration ein für die Bevölkerungen und die arbeitenden Klassen günstiges Szenario wäre. Nicht nur, dass sich dadurch nichts an den Machtverhältnissen, die durch transnationale Konzerne und Finanzmärkte gebildet werden, etwas ändern würde. Es scheint uns auch nicht realistisch, sich mit ihnen ausschließlich mit dem Instrumentarium auseinanderzusetzen, das auf nationalstaatlicher Ebene zur Verfügung steht. Es ist keine positive Perspektive die Länder des europäischen Südens und Ostens in einen Abwertungswettbewerb bei der Senkung der Produktionskosten zu hetzen. Und schließlich ist auch ein Szenario, in dem die traditionellen imperialistischen Widersprüche der europäischen Großmächte wieder aufleben, keine positive Perspektive für die Linke.

Wir glauben also nicht, dass der Zerfall oder Auflösung der europäischen Union eine positive Alternative darstellt, sondern meinen, dass wir den Kampf um ein anderes Europa und einen andere Richtung der europäischen Integration führen müssen. Darin besteht unsere Verantwortung auch im Hinblick auf den anwachsenden Nationalismus. Man kann über das Verhältnis zwischen europäischer Integration und Nationalstaat theoretisch und abstrakt diskutieren. Zwei Wahrheiten möchte ich unterstreichen: Erstens, die EU ist ein multinationales Gebilde, ein institutioneller Rahmen mit mehreren Ebenen der Macht, und die Linke muss ihren Kampf auf allen diesen Ebenen führen. Und zweitens, Nationalstaat ist nicht gleich Nationalstaat, und es macht einen Unterschied, ob man über den Nationalstaat und seine Stärkung in Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, Österreich oder Deutschland spricht.

Was ich vor allem sagen will ist, dass wir in diesem historischen Augenblick eine große Verantwortung zu tragen haben. Die Linke muss drei Aufgaben lösen: Wir müssen glaubhafte politische Alternativen entwickeln, wir müssen breite politische Fronten bilden, die soziale Bewegungen, die Gewerkschaften und politische Akteure miteinander vereinen. Und wir müssen das politische Kräfteverhältnis auf europäischer Ebene und in den Ländern verändern. Dazu sind die bevorstehenden Europaparlamentswahlen ein wichtiger Anlass.

Eine Krise ist der Zustand, in dem das Alte abstirbt, aber das Neue noch nicht zur Welt kommen kann.

ANZEIGE

EU-US Freihandelsabkommen? Militäreinsätze? Festung Europa?

ich KRIEG'  
die KRISE!

Die Europäische Union:  
Mit uns nur friedlich, sozial, demokratisch.



# Soziales Europa? Zukunft in die eigenen Hände nehmen

Von Thomas Händel

Die Politik der sozialen Phrase hat Tradition in der EU. Schon in der im Jahr 2000 von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossenen Lissabon-Strategie wurde behauptet, »Vollbeschäftigung« und »deutliche Fortschritte bei der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung« seien zentrale Ziele der EU. Ein Dutzend Jahre später resümierte die EU-Kommission selbstgefällig: »Durch ihre Maßnahmen trägt die Europäische Union zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Qualität der Beschäftigung bei.« Neue beschäftigungspolitische Maßnahmen in der aktuellen EU-Strategie sollen bis 2020 die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter auf 75 Prozent steigern und die Zahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind, soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden. Die Maßnahmen sollten zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten eng überwacht werden, »damit beschäftigungs- und sozialpolitische Erwägungen nicht hinter den wirtschaftspolitischen zurückstehen«.

Die Wirklichkeit ist anders:

- Es gibt inzwischen keinen Mitgliedsstaat mehr, in dem die Quote der Beschäftigten in unbefristeter Normalarbeit noch die Hälfte aller Beschäftigten ausmacht. Die Quote der Beschäftigten im Alter von 18 bis 64 Jahren ist in den 27 (jetzt 28) EU-Mitgliedstaaten von 65,8 Prozent (2008) auf 64,3 Prozent (2011) gesunken.
- Dagegen erreicht die Arbeitslosigkeit in Europa neue Rekorde. Allein in den Ländern der Eurozone hatten im November 2013 rund 19,24 Millionen Männer und Frauen im erwerbsfähigen Alter keine Arbeit; fast ein halbes Million Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht im Durchschnitt in Europa fast 24 Prozent – mit Spitzenwerten in Griechenland (54,8 Prozent) und Spanien (57,7 Prozent).
- Die Prekarität frisst sich wie ein Krebsgeschwür durch die Gesellschaften. Atypische – meist prekäre und schlecht bezahlte – Arbeit ist europaweit zwischen 1990 und 2010 um 80 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist das Lohnniveau drastisch gesunken. Allein in Deutschland ist davon auszugehen, dass fast ein Drittel der Beschäftigten unter oder nahe der OECD-Armutsgrenze leben – viele trotz Arbeit. Mehr als ein Viertel der Menschen in Europa – 125 Millionen – lebt in Armut oder ist armutsgefährdet.

In Europa herrscht ein stillschweigender Konsens der Machteliten: Die wirtschaftlich »Nützlichen« werden gesucht und umsorgt – weltweit. »Brauchbare« aus der EU sollen mit dem »Abbau von Bestandschutz-Maßnahmen« flexibel dahin bewegt werden, wo sie benötigt werden. Die aus dem Arbeitsmarkt »Herausgefällenen« werden irgendwie prekär beschäftigt und die ökonomisch »Überflüs-

sigen« sollen möglichst kostengünstig »verwahrt« werden. Ein Großteil der Bevölkerung wird für die Ökonomie nicht mehr benötigt. In dieser Bilanz spiegelt sich der Bankrott des viel gerühmten europäischen Sozialmodells.

## Kapitalismus ohne Demokratie

Seit 2013 wird der letztlich für alle EU-Staaten gültige »Wettbewerbspakt« entwickelt. Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten soll strikter koordiniert, die Arbeitsmärkte noch weiter dereguliert und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden. Schon 2011 forderte die Kommission eine »Reform« der Arbeitsschutzvorschriften »um den übermäßigen Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen zu reduzieren und denjenigen, die außerhalb oder am Rand des Arbeitsmarkts stehen, einen gewissen Schutz zu vermitteln.« Zum Kern des Wettbewerbspakts soll die uneingeschränkte Gültigkeit der Prinzipien des marktradikalen Wirtschaftsmodells auch in der Arbeits- und Sozialpolitik gehören. Finanzielle Anreize für die Mitgliedsstaaten sollen diese zur Umsetzung der neuen Verträge animieren. Das Sagen haben allein die Regierungen – die Rechte des europäischen Parlaments werden erst gar nicht erwähnt.

Aktuelle Themen in der Debatte sind die Einführung des Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus, weitere Arbeitszeitflexibilisierungen, die Revision der Bereitschaftszeiten, die Erhöhung der Höchstarbeitszeit und die Ausweitung der optout-Klausel (Umgehung der 48-Stunden-Begrenzung) – dies alles steht auf dem Wunschzettel von BusinessEurope, dem europäischen Unternehmerverband. Bisher wurden in 18 von 27 Mitgliedstaaten Löhne, Arbeitsrechte, Tarifverträge und demokratischen Rechte von den

Regierungen der Mitgliedsstaaten demontiert – fast immer mit der Handschrift der Europäischen Zentralbank oder der Troika.

## Der Kampf um die europäische Entsenderichtlinie

Ein Beispiel ist der Kampf um die europäische Entsenderichtlinie, die seit 1996 Beschäftigte vor Lohn- und Sozialdumping schützen soll. Sie listet eine Reihe von Bedingungen auf, die bei der Entsendung von Arbeitskräften in einen anderen Mitgliedsstaat eingehalten werden müssen; dazu gehören Mindestlohnsätze, Mindestarbeitsstandards, Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Nicht-Diskriminierung, Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten und Mindestruhezeiten. Die EU geht jährlich von einer Million entsandter Arbeitskräfte aus. Die Tendenz ist seit Jahren steigend. Mittlerweile wird die Entsenderichtlinie immer häufiger umgangen. Vorwiegend aus Osteuropa werden über Briefkastenfirmen Beschäftigte zum Arbeiten in andere Mitgliedsstaaten geschickt und dort meist über Subunternehmer beschäftigt. Immer häufiger werden sie als Scheinselbständige deklariert, um nicht unter den ohnehin eingeschränkten Schutz der Entsenderichtlinie zu fallen. Selbst auf die Mindeststandards des Ziellandes haben sie dann keinen Anspruch. Vor allem in der Bau- und Fleischwirtschaft spielt dieses Thema eine Rolle. Mindestlöhne – wenn sie denn existieren – stehen in vielen Fällen nur auf dem Papier. Nun soll die »Arbeitnehmerfreizügigkeit« im Sinne eines Individualrechts in eine erzwungene Wanderung betriebswirtschaftlich brauchbarer Arbeitskräfte verwandelt werden – ein ebenso grenzen- wie rücksichtsloser europäischer Arbeitsmarkt wird angestrebt. Statt die Richtlinie auf Scheinselbständige auszuweiten, sollen jetzt die Kontrol-



Thomas Händel ist Stellv. Vorsitzender der RLS und für Die Linke als Abgeordneter in der Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament. Von ihm und Frank Puskarev steht »Europa besser Links«, ein Ebook mit Texten zur Europawahl 2014 als freier download über [www.thomas-haendel.eu/](http://www.thomas-haendel.eu/) zur Verfügung.

Foto: EU-EP/Michel Christen

ANZEIGE

**EUROPA ÄNDERN!**  
Alexis Tsipras und  
**Europäische LINKE**  
[www.european-left.org](http://www.european-left.org)



len erschwert und womöglich generelle Haftungen gestrichen werden, was Dumpingangebote erleichtern würde.

#### »Fit für Wachstum«

Auf der anderen Seite soll in aktuellen Gesetzgebungsverfahren versucht werden, (betriebswirtschaftlich brauchbare) Saisonarbeiter aus Drittstaaten anzuwerben – natürlich allerhöchstens zu Mindestarbeitsbedingungen. Per Konzern-Leihe sollen aus Drittstaaten (betriebswirtschaftlich nützliche) Hochqualifizierte aus Drittstaaten angeworben werden, die Unternehmen von Mitgliedstaaten mit »günstigen« Arbeitsbedingungen einstellen und nach kurzer Zeit europaweit verleiht – zu den Arbeitsbedingungen des Erstaufnahmestaates. Jugendliche (betriebswirtschaftlich brauchbare) Arbeitslose werden aus Krisenstaaten mit EU-Fördermitteln abgeworben, was dem Einzelnen zwar hilft, nicht aber den Heimatländern beim Wiederaufbau ihrer Ökonomie.

**Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit guter Arbeit und sozialen Standards.**

#### Ein guter Anfang und eine alte Idee

Selbst unter den herrschenden Mehrheitsverhältnissen im EU-Parlament ist es möglich, eine alternative Politik zu formulieren. Im Beschäftigungsausschuss des Parlaments konnten wir eine Mehrheit für Positionen organisieren, die konträr zur marktradikalen Politik der EU-Kommission und der Mehrheit der nationalen Regierungen im Rat steht. Der Ausschuss fordert »Soziale Mindeststandards um soziale Ungleichheiten zu stoppen«, und »Existenz sichernde Löhne mit Mindesteinkommen, die Armut trotz Arbeit verhindern«. Er will eine »Soziale Grundsicherung, Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten und Existenzsicherheit gewährleisten« und fordert die »Einführung eines sozialen Protokolls zum Schutz grundlegender Sozial- und Arbeitsrechte«. Gefordert werden »gleicher Lohn und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit für alle«. »Entsandte Arbeitnehmer (sollen) ordnungsgemäß bezahlt und nicht für unfairen

Wettbewerb benutzt« werden. Gefordert wird ferner »ein stabiles Niveau der Binnenkaufkraft« – Löhne und Renten seien keine ökonomische Variable, sondern das Einkommen, das die Menschen zum Leben brauchen.

Ein guter Anfang! Mehr allerdings auch nicht. Eine starke Linksfraktion im Europäischen Parlament kann versuchen frühzeitig Informationen über Kommissionspläne bekannt werden zu lassen und spezifische Öffentlichkeiten für Kritik und Alternativen zu öffnen. Doch für die Umsetzung von Beschlüssen, wie dem oben genannten, braucht es nicht nur andere Mehrheiten im EU-Parlament. Die französische Linke hat eine alte Idee wiederbelebt: »Versammlungen für eine Erneuerung der EU« sollen europaweit einberufen werden. Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit guter Arbeit, hohen sozialen Standards und Sicherheit und dem mittelfristigen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Netzwerke und Bewegungen, alle, die Europa politisch, sozial und demokratisch auf neue Beine stellen wollen, sind dazu eingeladen. Es ist an der Zeit, Europa in die eigenen Hände zu nehmen.

# Kampffeld Europa: Den neoliberalen Zauber brechen

Von Sandro Mezzadra und Toni Negri

Wer wie wir keine Wahlinteressen hat, ist in der besten Position, um die große Wichtigkeit der Wahlen zum Europaparlament 2014 für Europa zu erkennen. Es ist leicht, in den meisten betroffenen Ländern eine hohe Wahlenthaltung und eine signifikante Stärkung der »euroskeptischen« Kräfte vorherzusehen, die vereint sind in ihrer Rhetorik über die Rückkehr zur »nationalen Souveränität«, der Feindschaft zum Euro und zu den »Technokraten in Brüssel«. Für uns ist das nichts Gutes. Wir sind schon länger überzeugt, dass das Europa Realität ist, dass die Integration mittlerweile normativ, machtpolitisch und kapitalistisch die Schwelle zur Irreversibilität überschritten hat. In der Krise hat die allgemeine Angliederung der Mächte um das Zentrum EZB und das, was »Exekutivföderalismus« genannt wird, die Richtung des Integrationsprozesses gewiss verändert – mehr aber nicht. Die Subjekte der europäischen Macht stellen die Fortsetzung der Integration nicht zur Diskussion. Auch der Euro als einzige Währung scheint durch die Perspektive der Bankenunion gesichert. Zwar ist es notwendig, gegen die Gewalt zu protestieren, mit der sie das kapitalistische Kommando ausdrückt. Eine Rückkehr zu den nationalen Währungen herbeizusehen bedeutet jedoch, nicht zu verstehen, was heute das Feld ist, auf dem sich die Klassenauseinandersetzung abspielt.

Gewiss, Europa ist heute ein »deutsches Europa«, dessen ökonomische und politische Geografie entlang bestimmter Kräfteverhältnisse und Abhängigkeiten

reorganisiert wird, die sich auch auf der monetären Ebene ausdrücken. Aber nur der neoliberale Zauber bringt uns dazu, die Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses mit der Unmöglichkeit zu verwechseln, dessen Inhalte und Richtungen zu verändern und innerhalb des europäischen Raums die Kraft und den Reichtum einer neuen konstituierenden Hypothese bzw. strategischen Option in Gang zu setzen. Dieser Zauber ist in Italien verstärkt worden durch die wahrliche Verfassungsdiktatur, unter der wir leben; ihn zu brechen heißt heute, den europäischen Raum als Feld des Kampfes, des Experimentierens und der politischen Erfindung wieder zu entdecken: Als Feld, auf dem die neue Gesellschaftszusammensetzung aus ArbeiterInnen und Armen möglicherweise eine Perspektive der politischen Organisation eröffnet. Gewiss, auf europäischer Ebene zu kämpfen, das hätte die Möglichkeit, die neue kapitalistische Akkumulation direkt zu treffen. Und schon jetzt kann man nur auf europäischer Ebene die Fragen von Lohn und Einkommen, die Festlegung von Rechten und des Umfangs des Sozialstaats, das Thema der Verfassungsänderungen innerhalb der einzelnen Länder und die Frage der europäischen Verfassung aufwerfen. Heute gibt es außerhalb dieses Feldes keinen politischen Realismus.

Uns scheint, dass die rechten Kräfte schon lange verstanden haben, dass die Unumkehrbarkeit der Integration heute die Grenzlinie dessen markiert, was politisch denk- und machbar ist. Rund um die strategische Option der substantiellen Vertiefung des Neoliberalismus hat sich nun ein hegemonialer Block organisiert, der in seinem Inneren auch stark heterogene Varianten umfasst – von den nicht nur taktischen Öffnungen Angela Merkels in Richtung sozialdemokratischer Optionen bis hin zum repressiv-gewalttätigen und konservativen Druck des spanischen Ministerpräsidenten

Mariano Rajoy. Die selben rechten Kräfte die sich als »Anti-Europäer« präsentieren, setzen auf europäischer Ebene auf diese Option mit dem Ziel, die in der Verfassung der EU durchaus vorhandenen Bereiche nationaler Autonomie auszuweiten und demagogisch die Ressentiments und die Wut aufzugreifen, die nach Jahren der Krise in breiten Bevölkerungsteilen existiert.

Der Bezug zur Nation zeigt hier, was er ist: Die Verwandlung eines Ohnmachtsgefühls in eine xenophobe Aggression und die Verteidigung von Einzelinteressen, die als Träger einer »Schicksalsgemeinschaft« imaginiert werden. Hingegen tut sich die sozialistische Linke auch dort schwer, wo sie nicht di-

Auf europäischer Ebene kämpfen – um die neue kapitalistische Akkumulation direkt zu treffen.



Sandro Mezzadra ist Professor für Politische Theorie an der Universität Bologna.



Toni Negri ist marxistischer Philosoph. Beide sind wichtige Bezugspunkte von Teilen globalisierungskritischer Bewegungen.

Fotos: privat (o.), AFP/JackGuez

Übersetzung: Andreas Fink

ANZEIGE

## LUXEMBURG ARGUMENTE

Bestellung aller «luxemburg argumente» unter: Tel. 030 44310-123 oder [bestellung@rosalux.de](mailto:bestellung@rosalux.de)



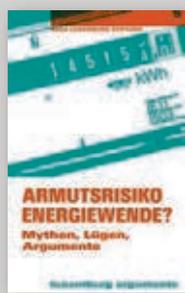
**Sabine Reiner**  
**«ALTE KASSIEREN! JUNGE ZAHLEN NUR DRAUF!»**  
Mythen und Fakten zur Rentenpolitik  
luxemburg argumente Nr. 7, November 2013, ISSN 2193-5831  
Download unter: [www.rosalux.de/publication/40003](http://www.rosalux.de/publication/40003)



**Stephan Kaufmann**  
**IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?**  
Staatsverschuldung: Was sie ist und wie sie funktioniert  
luxemburg argumente Nr. 1, 5. Auflage, Dezember 2013, ISSN 2193-5831  
Download unter: [www.rosalux.de/publication/37900](http://www.rosalux.de/publication/37900)



**Dr. Nadja Rakowitz**  
**GESUNDHEIT IST EINE WARE**  
Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens  
luxemburg argumente Nr. 6, Juni 2013, ISSN 2193-5831  
Download unter: [www.rosalux.de/publication/39638](http://www.rosalux.de/publication/39638)



**Wolfgang Pomrehn**  
**ARMUTSRISIKO ENERGIEWENDE?**  
Mythen, Lügen, Argumente  
luxemburg argumente Nr. 4, Februar 2013, ISSN 2193-5831  
Download unter: [www.rosalux.de/publication/39097](http://www.rosalux.de/publication/39097)



**Autorenkollektiv**  
**VON WEGEN CASINO**  
Populäre Irrtümer über Banken, Börse und Kredit  
luxemburg argumente Nr. 5, März 2013, ISSN 2193-5831  
Download unter: [www.rosalux.de/publication/39098](http://www.rosalux.de/publication/39098)

**Kampffeld Europa:  
Den neoliberalen Zauber brechen**  
Von Sandro Mezzadra und  
Toni Negri

rekt Teil des hegemonialen neoliberalen Blocks ist, sich auf effektive Weise abzugrenzen und programmatische Vorschläge von klar innovativen Zielen auszuarbeiten. Die Kandidatur von Alexis Tsipras, Leader von Syriza, für das Amt des Europäischen Kommissionspräsidenten ist in dieser Situation zweifellos von großer Bedeutung und hat in vielen Ländern eine positive Öffnung der linken Debatte nach sich gezogen, auch wenn in anderen (vor allem in Italien) die Interessen von kleinen Gruppen und »Parteien« vorzuherrschen scheinen, welche unfähig sind, einen voll und ganz europäischen politischen Diskurs zu entwickeln.

Wenn die Dinge so sind, warum erscheinen uns die Europawahlen im nächsten Mai dann wichtig? In erster Linie weil sowohl die relative Stärkung der Befugnisse des Parlaments als auch die Aufstellung eines Kandidaten für die Kommissionspräsidentschaft von Seiten der Parteien aus der Wahlkampagne einen Moment europäischer Debatte machen, in der die unterschiedlichen Kräfte gezwungen sind, den Entwurf eines europäischen politischen Programmes zu definieren und zumindest darzulegen. Uns scheint daher, dass sich hier für all jene die Gelegenheit einer politischen Intervention bietet, die sowohl für den Bruch des neoliberalen Zaubers als auch gegen jene kämpft, für die als einzig mögliche Opposition zur gegenwärtigen Form der Europäischen Union der anti-europäische »Populismus« gilt. Wir schließen nicht grundsätzlich aus, dass sich dabei GesprächspartnerInnen zwischen den Kräften finden könnte, die sich auf dem Feld politischer Wahlen bewegen. Aber wir denken vor allem an eine Intervention der Bewegung, die fähig ist, sich im Inneren jener Kämpfe zu verwurzeln, die sich in den letzten Monaten in verschiedenen

Formen in vielen europäischen Ländern entwickelt haben (und auch Deutschland mit bedeutender Intensität erfasst hat). Ausschlaggebend ist heute die Wiederherstellung eines programmatischen Diskurses. Das ist nur innerhalb des europäischen Raums und gegen diesen möglich. Es liegt heute nicht an, möglicherweise im Schatten irgendeiner Mistgabel die »technische Klassenzusammensetzung« in messianischer Erwartung der adäquaten »politischen Zusammensetzung« soziologisch zu ermitteln.

So wie man heute nicht erwarten kann, dass sich siegreiche Klassenbewegungen ergeben, die die europäische Dimension nicht verinnerlicht hätten. Es wäre nicht das erste Mal auch in der jungen Geschichte der Kämpfe, dass so manche Bewegungen genötigt wären, sich an die sich ändernden politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Es geht darum, einen allgemeinen Horizont der Veränderung zu schaffen, gemeinschaftlich eine neue politische Grammatik und ein Ensemble programmatischer Elemente auszuarbeiten, die Kraft und Macht aus dem Inneren der Kämpfe schöpfen und sich jenen Entgleisungen entgegenstellen können, die wir in den letzten Wochen in Italien gesehen haben und deren vereinigendes Symbol nicht zufällig die Trikolore war. Hier und heute erscheint uns Europa als der einzige Raum, in dem dies möglich ist.

Ein Punkt ist für uns besonders wichtig. Die Gewalt der Krise wird noch lange ihre Wirkung zeigen. Am Horizont ist nicht der »Aufschwung«, wenn wir mit Aufschwung einen signifikanten Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Reduktion der Prekarität und eine relative Wiederableichung der Einkommen verstehen. Die prekäre Einigung zum Mindestlohn in Deutschland könnte – nach

Geometrie und Geografie variabel – als allgemeine Referenz für die Ausformulierung eines Szenarios relativer kapitalistischer Stabilität in Europa fungieren. Es ist ein Szenario, nicht die aktuelle Realität, und es ist ein Szenario von nur relativer kapitalistischer Stabilität, das die Verbreitung und Intensivierung der Prekarität, der Mobilität im Inneren des europäischen Raums und von außerhalb, die Deklassierung erheblicher Teile der kognitiven Arbeit und die Formierung von neuen Hierarchien berücksichtigen muss. Innerhalb dieses Szenarios heißt es natürlich, die Eigenheiten der sich entwickelnden Kämpfe zu berücksichtigen, ihre Unterschiede zu analysieren und ihre Wirksamkeit in politischen, sozialen und territorialen Kontexten abzuschätzen.

Aber es geht auch um das Problem der Art und Weise, in der die Kämpfe zusammenlaufen und sich ihre »lokalen« Potenzen innerhalb eines europäischen Rahmens multiplizieren können. Die Skizzierung von neuen programmatischen Elementen kann inzwischen die Form einer kollektiven Charta einer Reihe von unabdingbaren Prinzipien annehmen, für die Bereiche des Sozialsystems als auch der Arbeit, der Finanzen und der Mobilität, der Lebensweisen und der Prekarität und für alle Bereiche, in denen die Bewegungen in Europa sich äußern. Es ist keine Charta von Rechten, die von unten geschrieben werden und irgendeiner Institution vorgelegt werden, an die wir denken: Es ist vielmehr eine kollektive Aufgabe der programmatischen Definition, die – wie die Ausarbeitung der »Charta von Lampedusa« in diesen Wochen für Migration und Asyl zu zeigen beginnt – ein Instrument der Selbstorganisation auf europäischer Ebene werden kann.

ANZEIGE



## JEDER SCHRITT WIRKLICHER BEWEGUNG IST WICHTIGER ALS EIN DUTZEND PROGRAMME. *Karl Marx*

Echte gesellschaftliche Veränderung braucht kluge, streitbare Köpfe. Und eine Plattform für die gemeinsame Suche nach Alternativen: das »nd«. Werden auch Sie Teil der linken Debatte. Mit einem Abo vom »nd«. Zum Beispiel mit dem **Online-Abo**:

- ▶ **Digital:** Das komplette »nd« als ePaper für PC und Smartphone. Schon früher wissen, was am nächsten Tag wichtig wird: Das ePaper steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung.
- ▶ **Günstig:** Das komplette »nd« in digitaler Form.
- ▶ **Fair:** Jederzeit kündbar.

Digital, günstig, fair: Unterstützen Sie streitbaren linken Journalismus!  
Jetzt testen, mit dem **Online-Mini-Abo** zwei Monate für nur 9 €/Monat.



Am besten gleich heute bestellen:  (030) 29 78 18 00 oder  [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

neues deutschland  
DRUCK VON LINKS

# Eine Vision: Einstieg in ein anderes Europa

Von Bernd Riexinger

»...man kann auch sagen«, so Antonio Gramsci, »dass der historische Prozess zu dieser Union hinstrebt und es viele materielle Kräfte gibt, die sich nur in dieser Union werden entfalten können: wenn es in x Jahren diese Union geben wird, wird das Wort »Nationalismus« die gleiche archäologische Bedeutung haben wie das derzeitige »Munizipalismus«.

Nicht erst heute teilen viele Linke die Hoffnung, dass mit der Herausbildung eines vereinten Europas Nationalismus und Kriege der Vergangenheit angehören und sich ein friedliches Europa herausbilden kann, in dem sich Wohlstand, Menschenrechte, Demokratie und Weltoffenheit entfalten können. Entwicklungen in dieser Richtung werden von vielen Menschen als Fortschritt und Erweiterung ihrer Lebensmöglichkeiten betrachtet: offene Grenzen (zumindest in einem Teil Europas), keinen Krieg (der Jugoslawienkrieg zeigte, wie brüchig dieser Frieden ist), die Herausbildung eines europäischen Parlamentes und europäischer Institutionen (bei aller Zurückgenommenheit ihrer demokratischen Funktionen), die Verbreiterung einer europäischen Kultur. Im Entwurf unseres Wahlprogramms formulieren wir: »Vielen Menschen ist das Nationale zu eng.« Auch für uns. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien streiten wir für eine neue, andere Europäische Union.« Für eine EU, die Freiheit nicht mit der Freiheit von Waren und Kapital verwechselt und für die Sicherheit nicht darin besteht, dass an den Mauern ihrer Festung immer mehr Menschen den Tod finden.

Gleichzeitig ist die Europäische Union ganz deutlich von Verwertungs- und Wettbewerbsinteressen geprägt. Die »marktkonformen Demokratie« wie sie Angela Merkel gefordert hat, ist hier schon weit voran geschritten. Nicht wenige Linke warnen davor, an die europäische Vereinigung Illusionen zu knüpfen, die den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht entsprechen. Unter neoliberaler Hegemonie kann die Verlagerung von Rechten und Kompetenzen an die EU derzeit nur zu einem weiteren Ausverkauf von sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechten führen. Die soziale Verwüstung, die die Austeritätspolitik der Troika unter Führung der deutschen Regierung in Europa hinterlässt, ist ein Beleg für diese These.

Doch die beiden Ansätze für sich genommen greifen zu kurz, erst recht, wenn sie gegeneinander gestellt werden. Europa – das ist mehr als die EU oder der Euroraum – ist ein wichtiges Handlungsfeld der sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Das Kapital ist europäisch und international stark verflochten; die politischen Institutionen und die verbindlichen europäischen Regelungen begrenzen die Wirkung lokaler oder auch nationaler Kämpfe. Die vielen Niederlagen selbst kämpferischer Beleg-

schaften im Kampf gegen Standort-schließungen internationaler Konzerne zeigen das; sogar Generalstreiks haben in den letzten Jahren nur begrenzte Wirkungen erzielt. Die europäische Ebene begrenzt nicht nur die Kämpfe, sondern ist selbst Teil der Handlungsgrundlagen von Politik auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Es gibt kein »außen« gegenüber der Europäischen Union, kein Lokales, was es dagegen zu verteidigen gilt. Die Ebenen sind gleichzeitig präsent. Jenseits eines »hilflosen Internationalismus« (vgl. Candeias/Oberndorfer/Steckner), bedarf es eines wirksamen Internationalismus, der die Ebenen neu verknüpft, reale Verbesserungen für alle mit sich bringt, keine Bekenntnisse.

## Ein Bild der sozialen Verwüstung

Es drängt sich auf: Die Politik der Troika unter der einflussreichen Führung von Bundeskanzlerin Merkel hinterlässt ein Bild der sozialen Verwüstung in den von der Krise betroffenen Ländern Europas. Die Rettungspakete retten vor allem die Banken. Die Armen müssen die Schulden der Reichen bezahlen. Von den rund 200 Milliarden Euro die Griechenland bislang an Zahlungen erhalten hat, sind 195 Milliarden Euro in den maroden Finanzsektor geflossen. Es ist nicht schwer zu verstehen, warum das Vertrauen der Menschen in die Zukunftsfähigkeit dieser EU erodiert. Für ein soziales Europa zu kämpfen bedeutet gleichzeitig, gegen diese Europäische Union, gegen diese anti-europäische Politik zu kämpfen.

Die aktuelle Formation des finanzgetriebenen Kapitalismus ist nicht in der Lage, ein neues Wachstums- und Entwicklungsmodell des Kapitalismus hervorzubringen. Es steht wohl eher eine längerfristige Periode der Stagnation und Krise bevor. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weg vom klassischen, fossil getriebenen »Wachstum« müssen wir stark machen: es braucht neue Formen der Erweiterung der Lebensqualität durch Stärkung des Öffentlichen (Sektors), soziale Dienstleistungen und sozial und ökologisch zukunftsfähige Formen von Mobilität und Industrie. Der finanzgetriebene Kapitalismus stellt weder das traditionelle Wachstum noch die Neuerung bereit. Die Profite und der schier unersättliche Nachschub frischen Geldes für die Finanzmärkte nähren sich fast ausschließlich aus der Umverteilung: von den Löhnen zu den Gewinnen; unterstützt von einer Steuerpolitik, die unten und in der Mitte überproportional zuschlägt und Finanzspekulationen begünstigt. Offensichtlich ist der finanzgetriebene Kapitalismus in ganz Europa in ein Stadium getreten, in dem die destruktiven Folgen überwiegen.

In linken Diskussionen wird Angela Merkels Politik angesichts der Verwerfungen oft als gescheitert bewertet. Diese Analyse greift zu kurz, weil sie Merkels Politik danach bewertet, ob ihr ein Wiederaufbau der Wirtschaft in den verschuldeten Staaten oder der Abbau der (Jugend)Arbeitslosigkeit gelingt. Aber was sind die Kriterien der Regierung? Standortförderung und globale Wettbewerbsfähigkeit. Kanzlerin Merkel erklärte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: »Die Wettbewerbsfähigkeit ist das zentrale Thema für die Zukunft«. Nur so könne Wohlstand gehalten und weiter gemehrt werden. Doch wessen Wohlstand? Noch nie in der Geschichte hat es funktioniert, in eine Krise hinein zu »sparen«, also öffentliche Ausgaben und Investitionen zurückzuhalten und die Kaufkraft der Bevölkerung zu unterminieren. Wer das der LINKEN nicht glauben möchte, kann es bei Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaft, nachlesen. Merkels Vision von Europa ist kein Europa der Solidarität und Gerechtigkeit und der ausgeglichenen Lebensverhältnisse, sondern die eines gemeinsamen, international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraums. Die Regionen und Länder stehen darin in einem ruinösen Wett-

werb um Löhne, Steuern und qualifiziertes Personal zueinander, um das »scheue Reh« (das Kapital) nicht zu verschrecken, das »Vertrauen der Märkte« nicht zu belasten. Das schafft auch prosperierende Cluster und Boom-Regionen, lässt aber Millionen Menschen zurück, für die der Markt keine weitere Verwendung hat. Massenarbeitslosigkeit, eine Jugend ohne Perspektive und auf-

gegebene Regionen in Europa, werden dabei bewusst in Kauf genommen. Die vom wirtschaftlich stärksten Land in Europa betriebene Politik der Exportüberschüsse, gestützt nicht nur auf eine hochproduktive, weltmarktorientierte Wirtschaftsstruktur und Produktpalette, sondern auch auf ein Modell des Lohndumpings und vergleichsweise niedrige Lohnstückkostenentwicklung, verschärft die Krise der Defizitländer, die in der Folge auf ganz Europa übergreift. Merkels Europa ist ein Europa der Spaltung.

Diese Politik schädigt die Demokratie; ganz offen wird sie als Hindernis gesehen, wenn die Rede davon ist, dass eine »marktkonforme Demokratie« durchgesetzt werden soll. Luxemburgs Premier Junker beschreibt die übliche Vorgehensweise: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es kein Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zu-



Bernd Riexinger ist Co-Vorsitzender der Partei Die Linke.

Foto: Aris

Der finanzgetriebene Kapitalismus ist in ein Stadium getreten, in dem die destruktiven Folgen überwiegen.



**Eine Vision:  
Einstieg in ein anderes Europa**  
Von Bernd Riexinger

rück mehr gibt.« Hinzugefügt werden müsste: auch »Geschrei«, also demokratische Meinungsäußerung durch Proteste der Menschen, berührt die Brüsseler Politik wenig. Eindrucksvoll bleibt in Erinnerung welches Drohpotenzial Merkel, Schäuble und die Finanzmärkte entfachten, als Griechenlands früherer Premier beim Gipfel in Cannes genötigt wurde, ein geplantes Referendum abzublasen und schließlich zurück trat. Die gegenwärtige Verfasstheit der EU ist ein Problem für die Demokratie. Denn wenn die sozialen Rechte der Menschen derartig vernachlässigt werden, erodiert auch die materielle, soziale Grundlage der Demokratie.

DIE LINKE hat in diesen Auseinandersetzungen verschiedene Aufgaben: Sie kann einen Beitrag dazu leisten, dass die sozialen Kämpfe sowie soziale und demokratische Rechte gestärkt werden, vor allem im »Mutterland der Austeritätspolitik«. Sie kann die europäische Solidarität stärken, damit diese Auseinandersetzungen nicht isoliert und gespalten werden. Sie muss die Auseinandersetzungen zu einer Frage gegensätzlicher Interessen von »unten« und »oben« (Klassenfrage) machen, schon alleine um nationalpopulistischen und nationalistischen Tendenzen entgegenzutreten. Dafür haben wir in der Europäischen Linken die Forderung nach einer europaweiten Millionärsabgabe eingebracht. DIE LINKE muss über den Charakter der gegenwärtigen neoliberalen Politik aufklären und Gegenmodelle zur Ausgestaltung der gegenwärtigen Europäischen Union entwickeln. Ganz wesentlich kann eine europaweite, verbindende Kampagne zur Wieder-

herstellung und Stärkung des Öffentlichen dazu beitragen gemeinsame Positionen zu entwickeln und linke Kräfte zusammen zu bringen. Dies geht nur in Verbindung mit einer gerechteren Steuerpolitik, die Kapital und Vermögende, insbesondere Banken und Finanzinvestoren als Verursacher der Krise, wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt.

Der neoliberalen Hegemonie, der völligen Unterordnung der herrschenden Politik unter die Verwertungsinteressen des europäischen Kapitals, der Herausbildung des wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraumes müssen wir grundlegende Alternativen entgegensetzen. Diese müssen einerseits geeignet sein, an die vorhandenen Auseinandersetzungen und sozialen Kämpfe in Europa anzudocken, andererseits sollen sie auch einen Horizont eines anderen Europa, jenseits von Kapitalismus und Wettbewerbsfähigkeit aufzeigen. Die Einstiege in dieses andere Europa sind sehr konkret:

- Wir brauchen europaweite Standards gegen die Abwärtsspiralen von Löhnen und Sozialleistungen einerseits und Steuern für Unternehmen, Reiche und Vermögende andererseits. Die Mindestlöhne dürfen 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten. Die Löhne in Deutschland müssen steigen; auch um die Außenhandelsdefizite zurückzuführen. Die Arbeitszeit muss gesenkt und gerechter verteilt werden.
- Gegen die Massenarbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Verödung ganzer Regionen brauchen wir ein Investi-

onsprogramm, mit dem das Öffentliche ausgebaut und Bildung und personennahe Dienstleistungen besonders gefördert werden. Leitbild muss ein sozialökologischer Umbau sein. Energie- und Wasserversorgung gehört in die Hände der Bevölkerung! Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) lehnen wir ab und wenden uns an den europaweiten Kampagnen und Widerstandsaktionen beteiligen.

- Wir müssen die Parlamente in Europa stärken, ihre Befugnisse ausweiten und die Macht der Lobbyisten einschränken. Über Volksentscheide sollen die Menschen direkt die europäische Politik mitentscheiden können. Demokratie hat eine materielle Seite: in der Sicherung gegen Armut durch eine europaweite Mindestsicherung. Und mit einer wirksamen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten.
  - Und schließlich müssen wir den Finanzsektor entmachten und regulieren: Schattenbanken müssen abgewickelt werden, wie das Investmentbanking als Geschäftsfeld insgesamt. Private Großbanken sollen in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle überführt werden. Steuer-oasen wollen wir trockenlegen.
- Diese Forderungen stehen zunächst auf dem Papier. Damit sie wirksam werden können, muss sich die Europäische Linke mit sozialen Bewegungen entscheiden, welche Forderungen geeignet sind, um darum ein gemeinsames politisches Projekt, eine gemeinsame Kampagne zu entwickeln. Erst mit gemeinsamer Praxis kann es gelingen, die Kräfteverhältnisse in Europa nach links zu verschieben.